

offensiv links

bewegung für sozialismus f6j

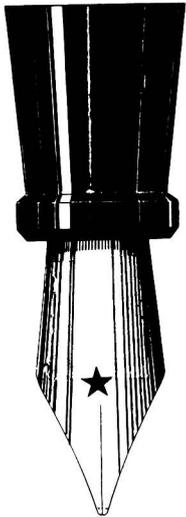


Februar 1978

nr. 40/jg. 5

Arbeitswelt:
Arbeiter leben
gefährlich

Argentinien:
Fußball
und Folter



Editorial

In dieser Nummer von "offensiv links" haben wir uns mit dem Thema **Arbeitswelt** als Schwerpunkt beschäftigt. Vor allem mit Arbeitsunfällen: "Arbeiter leben gefährlich". Anhand von Fallbeispielen soll aufgezeigt werden, daß auf Grund von Einsparungen zur Erhöhung des Profits das Leben der arbeitenden Bevölkerung Tag für Tag aufs Spiel gesetzt wird – zumeist folgenlos für die Verantwortlichen.

Mit den Problemen der Mitbestimmung und der kapitalistischen Arbeitsorganisation setzt sich der Beitrag "Organisationsentwicklung – ein Weg zur Mitbestimmung?" auseinander.

Auch der Beitrag aus der BRD: "Der DGB und der Kampf um das Mitbestimmungsgesetz" beschäftigt sich mit der Problematik der Arbeiterorganisation und den Erfahrungen auf dem Hintergrund der Wirtschaftskrise in der BRD.

Unter "Geiselnahme von amtswegen" berichten wir über das Zustandekommen des letzten Urteils im Zusammenhang mit der Demonstration vom Oktober 1975 gegen die damaligen Todesurteile in Spanien. Alle Prozesse endeten mit Schuldsprüchen.

"Mit Zwentendorf begann's" und mit Alberndorf sollte es weitergehen. Der dringend notwendige Atom-Müll-Lagerplatz schien im Weinviertel ausfindig gemacht. Wie es dazu gekommen ist und was die Weinviertler davon halten, behandelt der Artikel.

Ein wichtiges internationales Thema fehlt in dieser Nummer: Der Konflikt zwischen Kambodscha und Vietnam. Der entsprechende Beitrag konnte für diese Nummer nicht mehr zeitgerecht fertiggestellt werden und kommt deshalb erst in der nächsten Nummer.

Auch hoffen wir, in der nächsten Nummer einen Artikel über die jetzige Situation in Portugal zu bringen.

Inhalt

- 3 Arbeiter leben gefährlich
- 4 Was kostet der Mensch?
- 6 Organisationsentwicklung – ein Weg zur Mitbestimmung?
- 10 BRD: Der DGB und der Kampf um das Mitbestimmungsgesetz
- 12 Mit Zwentendorf begann's
- 14 Betrifft: Rechtsstaat – Geiselnahme – von amtswegen
- 16 Eine alltägliche Geschichte – zweimal erzählt
- 16 Neue Mitte, Neue Rechte
- 17 Universität: VSSTÖ und 4. Internationale
- 18 DDR-Manifest: Angebranntes SPIEGEL-Ei
- 20 Wird Russell-Tribunal verboten?
- 21 Portugal: Wo blieb die radikale Linke?
- 23 Naher Osten: Probleme und Perspektiven
- 24 Zum Tod von Said Hammami
- 26 Argentinien: Fußball und Folter

Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ...man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!

Karl Marx ★

offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen – bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links – solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT WIEN

VERLAGSPOSTAMT 1040 WIEN

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl. Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1020 Wien, Franz-Hochedlinger-Gasse 6 (im Hof).

Telefon: 33 83 374.

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder. Mit Initialen gezeichnete Artikel geben die Meinung der Redaktion wieder. Organisationsmeinungen müssen als solche gekennzeichnet sein.

Einzelpreis: S 5,-

Abonnement: S 50,- (jährlich).

Kontonummer:

223-102-976, Länderbank Wien.

Arbeiter leben gefährlich

Im Jänner konnte man in den Zeitungen innerhalb einer einzigen Woche kurze Berichte über fünf Arbeitsunfälle, die zusammen sieben Todesopfer und drei Schwerverletzte forderten, lesen. Wieviele Unfälle mit wievielen Opfern es in dieser Woche tatsächlich in Österreich gab, ist nicht annähernd feststellbar – denn über die meisten dieser ganz alltäglichen Ereignisse berichten unsere Medien nicht.

Über die erwähnten Unfälle wurde auch nur wegen einiger Besonderheiten und natürlich nur einige Zeilen berichtet. Wieviele Arbeitsunfälle mit wie vielen Toten, Verletzten, verlorenen Arbeitsstunden und Kosten in Schilling, kann man jedes Jahr im Statistischen Handbuch nachlesen, Aber nicht wer und warum. Da gibt es keine Menschen mehr, nur mehr Zahlen.

Weil wir meinen, daß fast jeder Arbeiter von Arbeitsunfällen bedroht ist und die Ursachen dieser Unfälle größtenteils in der kapitalistischen Arbeitsorganisation und im Profitstreben zu suchen sind – und daher die Lebensinteressen der Arbeiterklasse unmittelbar berühren, wollen wir die Toten dieser Woche in Erinnerung rufen und einige Fragen stellen.

Radenthein

Im Magnesitbergwerk der Österreichisch-amerikanischen Magnesit AG auf der Millstätter Alpe bei Radenthein in Kärnten stürzt während der Nachmittagschicht der Hauptstollen ein. Hunderte Tonnen von Schlamm ergießen sich in die Gänge. Der 36jährige Peter Wasserer, Vater von fünf Kindern und der 21jährige ledige Franz Zuzek, sind sofort tot. Der zweifache Vater Karl Pusset, 34 Jahre, ist vorerst vermißt und wird später tot geborgen. Der Betriebsleiter Riedler erwähnt bei einer Pressekonferenz so nebenbei, daß in Radenthein nach einem völlig neuen Abbausystem gearbeitet wird. Dieses wurde nach Überprüfung durch internationale Experten von der Kärntner Berghauptmannschaft genehmigt. Berghauptmann Ebenpichler bestätigt dies. Karl Zuzeks Bruder meinte, daß es An-

zeichen für das bevorstehende Unglück gab: "Mein Bruder hat mir gesagt, daß es in letzter Zeit sehr naß im Stollen war, oft ist er bis zu den Knien im Wasser gestanden."

Über die Ursachen des Einsturzes ist nichts bekannt. Generaldirektor Dipl.-Ing. Karl Leitner: "Von der Österr.-amerikan. Magnesit-AG wird eine internationale Expertenkommission eingesetzt, die die Ursachen erforschen soll."

Der Bergbau läuft weiter. Von einer Anzeige oder einer behördlichen Untersuchung ist nichts bekannt.

Fragen: Wodurch unterscheidet sich das neue Abbausystem vom alten? Ist es sicherer oder schneller und billiger und somit profitabler? Wieso begnügte sich die Berghauptmannschaft mit einer Prüfung durch internationale Experten und prüfte nicht selbst? Wer waren diese Experten? Wo sind sie angestellt? Vielleicht bei der Herstellerfirma oder bei der Magnesit AG? Wieso ist kniehohes Wasser im Stollen kein Grund zur Arbeitseinstellung und Suche der Ursachen? Welche Sicherheitsmaßnahmen schreibt das Gesetz vor und wurden sie eingehalten? Wie-

so gibt es keine Untersuchungen und Anzeigen? Wieso überlassen die Behörden die Untersuchungen einer von der Magnesit AG eingesetzten Expertenkommission. Was sind das für Experten? Vielleicht dieselben, die das neue Abbausystem geprüft haben?

Mürzzuschlag

Im Vortrieb des Ganzsteintunnels, der im Bau befindlichen Stadttumfahrung von Mürzzuschlag hatte der 37jährige Mineur Hubert Puffing aus Köflach zwei Sprengladungen anzubringen. Die Donaritstäbe und die Sprengkapsel waren schon im ersten Sprengloch verstaubt, und während die zweite Sprengladung unmittelbar daneben angebracht wurde, explodierte die erste Ladung. Puffing wurde von den losgesprengten Gesteinsmassen getroffen und war sofort tot. Zwei weitere Mineure, die in der Nähe arbeiteten erlitten schwere Verletzungen im Gesicht und in den Augen. In diesem Fall wurde vom



Was kostet der Mensch?

Der Mensch ist, nach der üblichen Rechnung, mindestens 100.000 Schilling wert. Das ist die Mindestversicherungssumme einer Lebensversicherung. Die Bewertung nach oben ist für manche unbegrenzt (z. B. Palmers). Gibt es eine Grenze nach unten? Offenbar nicht, denn was an der Sicherheit eingespart wird – an der doch überhaupt nicht gespart werden sollte – umspannt einen Reichsbrückenbogen von der Wiener Stadtbahn bis zum Magnesitbergwerk und vom Vershubbahnhof bis zur letzten Baustelle.

Liegt das vielleicht an der doch geringen Haftung der Verantwortlichen für die Sicherheit ihrer Beschäftigten (Fahrgäste)? Mindeststrafen für Verantwortliche (nicht deren Untergebene!) in Mindestversicherungshöhe wären vielleicht einen Versuch wert.

Die manuell Arbeitenden sind um 40 Prozent mehr gefährdet. So jedenfalls berechnen die Privatversicherungen ihre Prämien! Allerdings, die Gefahrenzulagen – wo überhaupt Gefahrenzulagen bezahlt werden – erreichen bestimmt niemals 40 Prozent des üblichen Lohns; sie verschleiern meistens nur, daß der Grundlohn ein Schandlohn ist gemessen an einer mit Gefahren verbundenen Tätigkeit. Die Betroffenen sehen die Zulage als einen Teil des Lohnes und bedenken kaum, was eigentlich "abgegolten" werden soll. Aber wie steht es mit Regressansprüchen der Arbeiterunfallversicherung gegenüber einschlägig belasteten Unternehmen? Müssen nur Kraftfahrer für selbstverschuldete Unfälle selber zahlen? Ist das Malus-System nur zu Lasten kleiner Leute und zugunsten

privater Versicherungskonzerne anwendbar oder könnten nicht ähnliche Bestimmungen zugunsten der öffentlichen Unfall- und Krankenversicherungen so manchen Unternehmen das Sparen auf Kosten der Sicherheit und Gesundheit von Beschäftigten verleiden? "Fahrerflucht" ist bei Arbeitsunfällen doch schwer möglich.

Ist Leben nur mit Geld zu bezahlen? Nein! Also geht es auch anders. Mir ist aber leider nicht bekannt, daß nur ein Verantwortlicher für Unglücke oder Unfälle seine Strafe so abgesehen hätte, wie jeder andere der Körperverletzung, des Totschlags oder des Mordes Schuldiger. Werden solche Leute gerichtlich verurteilt, stehen die Strafen in keinem Verhältnis zu den möglichen und wirklichen Folgen – und wie oft kommt dann noch der weisungsgebundene Untergebene vor Gericht?

Bedenkt man, daß weit mehr Menschen durch Arbeitsunfälle zu Schaden kommen als durch Verbrecher, daß die Zahl der Arbeitstoten jener der Mordopfer übersteigt, fragt man nach der Polizei. Die zuständige Polizei heißt: Arbeitsinspektorat, Baupolizei, Feuerpolizei usw. und ihre Budgets, Möglichkeiten und Machtbefugnisse wären für Staatspolizei und Gendarmerie kaum diskutabel. Die Formel würde lauten: "Unter solchen Umständen kann für die Sicherheit nicht garantiert werden."

Wie ist das dann in unserer Gesellschaft in unserem Staate mit der Sicherheit am Arbeitsplatz?

Dora Schimanko

werkschaftlichen, die untersuchen, wie man den Akkord schafft und doch alle Vorschriften einhält, wieviel man verdient, wenn man sein Leben schützt und wie man davon lebt und nicht zuletzt, wieso Lebensgefahr noch immer mit zwei bis vier Schilling in der Stunde abgegolten und nicht abgestellt wird?

Klagenfurt

Am gleichen Tag verunglücken zwei Berufsfernfahrer mit ihren Lastzügen in der Nähe von Klagenfurt tödlich.

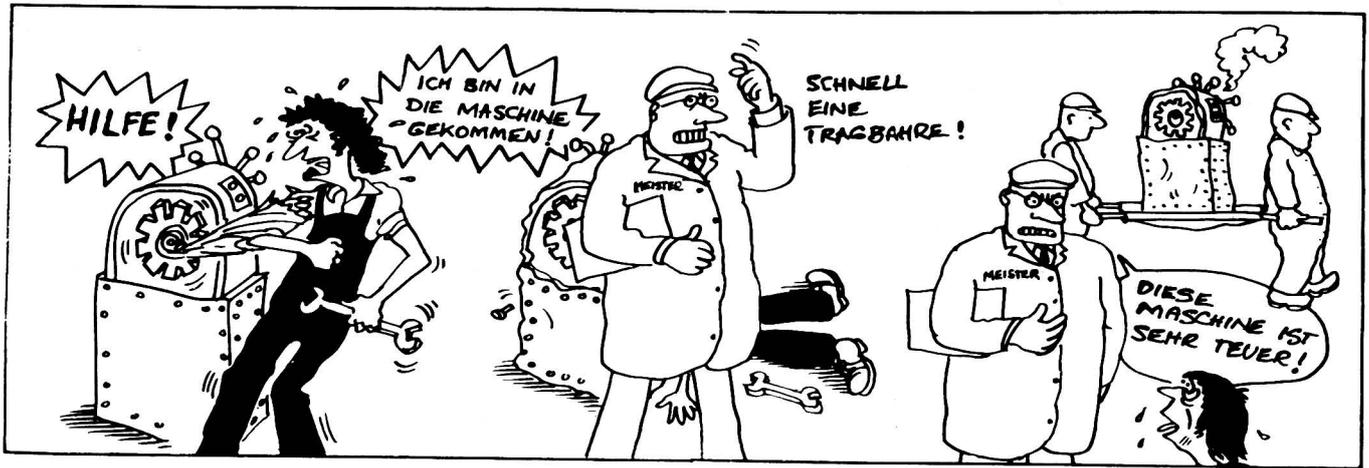
Der 30jährige Fernfahrer Ewald Radlinger bog bei starkem Schneetreiben spätabends mit einem Satteltankwagenzug der Krieglacher Firma Schneller, der 28.000 Liter Benzin geladen hatte, von der Südautobahn bei Pörschach ab. Dabei kam das schwere Fahrzeug von der Fahrbahn ab und stürzte über eine 20 Meter hohe Böschung. Die Feuerwehr Klagenfurt barg den Fahrer aus dem Wagen, doch erlag Radlinger seinen Verletzungen noch während des Transports ins Spital.

Auf der Kärntner Bundesstraße in Friesach geriet am gleichen Tag der 40jährige Fernfahrer Karl Haidvogel aus Wien mit einem LKW-Zug bei einem Bremsmanöver auf der mit Schneematch bedeckten Fahrbahn ins Schleudern. Der LKW-Zug streifte zwei andere Fahrzeuge und kam von der Straße ab. Haidvogel erlitt schwere innere Verletzungen und starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Er hinterließ eine Frau und ein unversorgtes Kind.

Fragen: Wie lange saßen die beiden Fahrer hinter dem Steuer? Was verdient ein Fernfahrer, wenn er nur bereit ist, 40 oder maximal 50 Stunden pro Woche zu arbeiten und wenn er sich strikt an die gesetzlichen Ruhepausen hält? Würde so jemand überhaupt angestellt werden? Was passiert, wenn ein Fernfahrer spätabends seinen Firmenchef aus Kärnten anruft und sagt: Ich kann heute nicht mehr weiterfahren, es gibt Schneetreiben und rutschige Fahrbahn. Außerdem bin ich übermüdet, es ist zu gefährlich, ich nehm' mir ein Zimmer und fahre morgen früh weiter? Jeder der Fernfahrer kennt, weiß, daß alle gesetzlichen Bestimmungen über Arbeitszeit und Ruhepausen laufend und systematisch mißachtet werden. Wenn dann

Kreisgericht Leoben eine Untersuchungskommission, der auch Fachleute des Arbeitsinspektorates beigezogen sind, eingesetzt. Allerdings verschanzt sich diese Kommission, gegenüber einer interessierten lokalen Öffentlichkeit, hinter einer angeblichen Schweigepflicht. Erfahrungsgemäß wird das Ergebnis erst Monate später bekannt, wenn Gras über die Sache gewachsen ist, und ist meistens sehr spärlich. Zeitungen berichten über Untersuchungsergebnisse sowieso nur, wenn strafrechtliche Verfolgungen daraus

entstehen, was äußerst selten vorkommt, und wenn, dann ist sowieso nur gegen einen Vorarbeiter oder bestenfalls gegen einen Sicherheitsverantwortlichen, jedenfalls nie gegen den Unternehmer, der das große Geld aus der riskanten Rackerei herausholt. Oft wird festgestellt, daß "menschliches Versagen" vorliegt, daß die am meisten gefährdeten Arbeiter Sicherheitsbestimmungen eigenmächtig nicht eingehalten haben, daß das Opfer selbst schuld ist. Wieso gibt es keine Kommissionen, auch keine ge-



die Behörden einschreiten, fast ausschließlich nach dem etwas passiert ist, dann werden die Fahrer und nicht die Unternehmer bestraft. Es sei denn, der Fahrer kann beweisen, daß er vom Chef gezwungen wurde. Doch wie beweist man materiellen, ökonomischen Zwang und Existenzangst. Dinge die kein Richter kennt?

sich ebenfalls Betonfertigteilplatten aus der Befestigung und erschlugen den 57jährigen burgenländischen Bauarbeiter Wilhelm Landauer. Auf dieser Baustellen wurden die Arbeiten eingestellt, im Schlachthof wurden sie nach dem gleichen System fortgesetzt; bis zum zweiten Todesfall.

die Arbeiten mit diesen Schraubbolzen eingestellt. Die Behörden haben erst nach dem zweiten Toten mit Untersuchungen begonnen. Wie viel zählt ein Bauarbeiterleben im "roten" Wien?

P. S.: Erwartungsgemäß hat keine bürgerliche Zeitung auch nur ein Wort über die Frauen und Kinder der Todesopfer geschrieben, und wie diese jetzt leben werden, und wie sie das alles aushalten, und wie man vielleicht helfen oder ändern könnte, damit das nicht immer wieder geschieht; wer jetzt mit was die Raten und Kredite bezahlt, und wie hoch die Witwen- und Waisenrenten sind, auch Fotos der Opfer oder ihrer Familien fanden nicht den Weg in die Zeitung.

Selbiges trifft - leider - auch auf die "Volksstimme" und "Arbeiter-Zeitung" zu - in deren Ausgabe vom 25. Jänner 1978 aus der Feder von H. H. Fabris ein äußerst zutreffender und die Problematik scharf analysierender Artikel erschien. ("Nicht nur Morde in die Zeitungen! Arbeitswelt nur zu 5% vertreten") Ob sich die "Arbeiter-Zeitung" in Hinkunft bei der eigenen Nase nehmen wird? Wir wollen uns in "offensiv links" jedenfalls in dieser Richtung weiter bemühen.

Wien

Die Wiener Baustoff- und Betonsteinwerke Ges. m. b. H. (eine ehemalige Bauringfirma) baut aus Betonfertigteilen eine große Halle im Schlachthof in Wien-Landstraße. Die Halle besteht aus einem Stahlgerüst, an dem mit Schraubbolzen die etwa zwei Tonnen schweren Platten befestigt werden, drei übereinander. Der 43jährige Arbeiter Johann Kikuta aus Neunkirchen befestigt eine Betonplatte am Kran und tritt zur Seite. In diesem Moment stürzt die nebenanstehende schon befestigte Wand um, alle drei Platten fallen auf Kikuta - die Feuerwehr braucht Spezialgeräte, um seine Leiche zu bergen. Sechs Wochen davor gab es bei derselben Firma einen gleichen Unfall. Bei Bauarbeiten auf einem firmeneigenen Gelände lösten

Mit Gasmaske am Lenkrad

Frankfurt (AP)

Nur noch mit Gasmaske konnte zeitweilig ein 45 Jahre alter Türke einen fahrbaren Betonmischer im Leergewicht von annähernd zehn Tonnen fortbewegen, weil aus dem defekten Motor Öl auf den Auspuffkrümmer tropfte und dann giftige Dämpfe in das Führerhaus drangen. Über das Schicksal von Fahrer und Fahrzeug berichtete die Frankfurter Polizei, nach deren Angaben der Wagen umgehend aus dem Verkehr gezogen wurde. Der TÜV stellte 50 schwerwiegende Mängel fest: unter anderem eine ausgeschlagene Lenkung, eine durchgerostete Karosserie, einen losen Aufbau der Betonmischtrommel, einen losgerissen und durchgerosteten Tank, einseitig ziehende Bremsen, einen gerissenen Fahrzeugrahmen und gerissene Kotflügel sowie eine ausgeschlagene Achsaufhängung. Die Hinterachse stand bereits schräg.

Jetzt wird sich das Arbeitsinspektorat eingehend mit den beiden Unfällen beschäftigen. Zeugen haben angegeben, daß die Betonplatten, sogar für Laien sichtbar, ungenügend befestigt waren.

Über den ersten Unfall wurde in den Zeitungen erst nach dem zweiten berichtet. Die gemeindeeigene Firma hat erst nach dem zweiten Todesfall

Herbert Brunner ★



Organisationsentwicklung –

Der nachfolgende Text ist der Inhalt eines Referates, das der Verfasser auf Einladung des "Vereins für Psychologie und Pädagogik" (einer dem Bund Sozialistischer Akademiker angehörenden Organisation) am 11. Oktober 1977 auf einer Diskussionsveranstaltung gleichen Titels gehalten hat. Wir danken den Veranstaltern für die Genehmigung zum Nachdruck.

Kapitalist und Manager

Im entwickelten Kapitalismus ist der Einzelunternehmer, der wie ein Patriarch über "seinen" Betrieb gebietet, längst in den Hintergrund getreten. Die Konkurrenz zwang und zwingt ihn, sich mit anderen seiner Klasse zusammenzuschließen. Sie sorgt so für die Verschmelzung der individuellen Kapitale zu großen anonymen Kapitalgebilden. Die Szene wird von Kapitalgesellschaften beherrscht. An ihrer Spitze stehen Beauftragte der Eigentümer.

Die Eigentümer bedienen sich also ihrer Manager. Diese haben anstelle der rechtlichen Eigentümer – jedoch in ihrem Auftrag und zu deren Gunsten – Kapitalanhäufung und Gewinnvermehrung auf privater Grundlage sicherzustellen; sie haben also demnach kapitalistische Eigentümerfunktionen auszuüben.

Organisation tritt in den Vordergrund

Mit der Kapitalverschmelzung einher geht das Wachstum der einzelnen Unternehmung und des Umfangs ihrer Problemstellung. Der Glaube von der Genialität des Unternehmers, seiner Tüchtigkeit und Fähigkeit, welche Eigenschaften allein den Unternehmenserfolg zustandegebracht haben, entpuppt sich immer mehr als Fiktion. Abgesehen davon, daß für die Tätigkeiten und Leistungen der Arbeiterschaft in dieser Ideologie kein Platz ist (sie zwar als selbstverständlich vorausgesetzt werden müssen, aber ebenso stillschweigend übergangen werden dürfen), stellt sich durch die auf-tretenden Größenordnungen heraus,

daß es der Lösung komplizierter organisatorischer Aufgaben bedarf, um den – noch gar nicht näher hinterfragten – Unternehmenserfolg sicherzustellen.

Organisation – das ist die Verbindung bestimmter Funktionen miteinander, um ein Ziel zu erreichen. Das Ziel bleibt in einer weitestgehend kapitalistischen oder kapitalistisch dominierten Wirtschaftsordnung der größtmögliche Gewinn durch ungestörte Anhäufung von Kapital – letztlich also durch Eindämmung des Einflusses der Arbeiterschaft, durch Sicherstellung ihrer Ausbeutung.

Wie allerdings dieses Ziel angesichts des raschen technologischen Wandels und des – längerfristig gesehen – zunehmenden gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins der Arbeiterschaft weiterhin erreicht werden kann, das ist die Frage, vor der die Kapitaleigentümer stehen und zu deren Lösung sie speziell ausgebildete Manager heranzuziehen gezwungen sind. Diese Manager wiederum lassen von bezahlten "Fachkräften" die verschiedensten Organisationsmodelle und dazugehörige Entwicklungsstrategien ausbrüten.

Vom kapitalistischen Standpunkt kommt es darauf an, den Faktor "Arbeit" mit einer stets komplizierter werdenden technischen Maschinerie, dem Faktor "Kapital" so zu kombinieren, daß längerfristig optimaler Nutzen aus dem Betrieb gezogen werden kann. Zugleich wurde es unerläßlich, auch den Faktor "Arbeit" besser auszubilden, um ihn in dieser hochentwickelten Technologie überhaupt einsetzen zu können. Durch diese verbesserte Ausbildung wurde auch das allgemeine Niveau der Beschäftigten gehoben. Damit wurden aber zugleich ihre Erwartungen an den Beruf, an ihr

Arbeitsleben, aktualisiert. Es wurde ihre Hoffnung erweckt, darin eine gewisse schöpferische Zufriedenheit finden zu können. Ihre Motivation zur Arbeit soll zwar angeregt, durch entsprechende Organisationsmodelle aber kapitalistisch vereinnahmt werden.

Das Streben nach schöpferischer Selbstentfaltung der arbeitenden Menschen steht aber zu den letztlich herrschaftlichen Strukturen kapitalistischer Unternehmungen in Widerspruch. Es findet seine Grenzen an den Notwendigkeiten der Kapitalakkumulation. Die Aneignung des von den Arbeitern geschaffenen Mehrwerts durch die Kapitalisten, in deren Auftrag die Manager tätig sind, muß sichergestellt bleiben.

Herrschaftstechniken werden verfeinert

Indem Manager die Funktionen der Unternehmenseigentümer ausüben, treten sie in der innerbetrieblichen Wirklichkeit an deren Stelle. Sie sind damit Schlüsselfiguren für die Gestaltung zwischenmenschlicher Beziehungen in Betrieb und Unternehmen. Für die Arbeiter und Angestellten und ihre Interessensvertretung ist es von großer Bedeutung, wer an der Spitze des Unternehmens steht und welchen Wertvorstellungen und gesellschaftlichen Zielsetzungen sich die Unternehmensleitung verpflichtet fühlt. Verpflichtungen bestehen aber primär jenen gegenüber, durch die man zu einer bestimmten Aufgabe berufen wurde – und das sind in der herrschenden Betriebswirklichkeit nicht die Arbeiter und Angestellten.

Daher stellt sich für die Manager und die von ihnen ernannten Abteilungsleiter, Gruppenchefs, Werkmeister, Vorarbeiter und andere mehr das Problem, daß sie zwar "von oben" (von den Kapitaleigen-

ein Weg zur Mitbestimmung?

tütern) eingesetzt werden, aber "von unten" (von den Arbeitern und Angestellten) Zustimmung in Form von Engagement und Mitarbeit brauchen, um "nach oben hin" (für die Kapitaleigentümer) erfolgreich sein zu können. Sie sollen also zwischen den kapitalistisch dominierten Unternehmenszielen und den nicht immer kapitalistisch verwertbaren Interessen der Beschäftigten vermitteln. Zur Bewältigung dieser widerspruchsvollen Aufgabenstellung wurde allmählich eine ganze Reihe von "Führungstheorien" und "Organisationsentwicklungsmodellen" ertüfelt. Ihre Haltung gegenüber kapitalistischen Machtverhältnissen ist teils zustimmend, teils unkritisch. So sind sie weitestgehend als eine Verfeinerung von Herrschaftstechniken in Betrieb und Unternehmen anzusehen. Sowie die Arbeitswissenschaft, entpuppt sich auch die Organisationstheorie "als begriffslose Wissenschaft von entfremdeter Arbeit"(1), als Herumdoktern an Symptomen, deren eigentliche Ursachen unerkannt bleiben oder verschleiert werden sollen.

Bürgerlicher Individualismus und Konkurrenzprinzip

Ernst Bloch, der Philosoph der sozialistischen Hoffnung, der am 4. August 1977 im 93. Lebensjahre starb, schrieb in seinem Hauptwerk "Das Prinzip Hoffnung" unter anderem: "Die bürgerliche Gesellschaft war bis vor kurzem und ist heute noch ihrer Anlage nach auf freie Konkurrenz gegründet, folglich auf ein antagonistisches Verhältnis, auch in der gleichen Klasse und Schicht. Die derart gesetzte, ja geforderte feindliche Spannung zwischen Individuen produziert unaufhörliche Angst; und diese braucht nicht erst Libido und Geburtsakt, um sich daran anzusetzen. Sie ist mit dieser Art Außenwelt genügend gesetzt, zuletzt noch mit zwei Weltkriegen in ihr. Und mit einer Angsterzeugung durch den Faschismus dazu, die kaum erst infantiles Trauma brauchte, um entbunden zu werden"(2).

Wo sich dieses Konkurrenzprinzip radikal zu Ende gebracht hat, wurde es von Monopolen abgelöst.

Über dieses Monopolkapital meinte Ernst Bloch, daß es "vor allem einen abstrakten Rekordtrieb zum Zweck der Anpeitscherei steigern" muß, "denn sonst wäre der Maximalprofit nicht so rasch aus den Arbeitern auspreßbar"(3).

Dem bürgerlichen Individualismus erscheint individuelle Freiheit nicht durch Schaffung entsprechender gesellschaftlicher Strukturen verwirklichtbar (durch die alle Menschen Ermöglichungsbedingungen vorfinden), sondern nur so, daß jeweils Einzelne ihre Entfaltungsmöglichkeiten durch Überlegenheit über alle anderen gewinnen, was deren Unterdrückung voraussetzt. Individueller Aufstieg und Sicherheit scheinen also nur auf dem Rücken anderer, als Ergebnis einer gegen die anderen Menschen gerichteten Aktion, erreichbar.

Der dadurch eintretende Zustand ist allerdings in höchstem Maße unsicher und wankend. Überlegenheit auf Kosten anderer erzeugt nämlich ein Spannungsfeld, das nach Ausgleich strebt(4). Auch die anderen Menschen versuchen, nach diesem Rezept glücklich zu werden. Indem jeder auf Kosten anderer zu Erfolg zu gelangen strebt (also individualistisch-privat vorgeht), schafft er dadurch eine Gesellschaft mit, die ihrem Wesen nach unsolidarisch ist. So geben die Kapitalisten das Schicksal, das sie sich täglich selbst bereiten, auch an die Arbeiter weiter, auf deren Rücken und zu deren Lasten sie ihre Konkurrenz austragen.

Die kapitalistische Arbeitsorganisation ist ja ebenfalls durch Gliederungen gekennzeichnet, die durch das private Eigentum an den Produktionsmitteln bestimmt sind. Durch Überlegenheit gegenüber den Nichteigentümern erwerben die Eigentümer Sicherheit, jedoch auf der Grundlage sozialer Spannungen einer unsolidarischen Gesellschaft.



„Warum benützen Sie nicht den Beschwerdebriefkasten wie alle andern?“



Es verhalten sich ja nicht nur die wenigen Nutznießer des gesellschaftlichen Gegeneinander unsolidarisch, sondern auch die meisten der durch diese Nicht-Solidarität negativ Betroffenen glauben, aus ihrer persönlichen Situation ebenfalls durch nicht-solidarisches Verhalten ausbrechen, ihre gesellschaftlich bedingten Probleme durch individuellen Aufstieg zu Lasten und auf Kosten anderer lösen zu können. "Der Traum von der zentralen Bedeutung des Individuums ist ausgeträumt, weil er in unserer eingeeengten Welt nur noch von wenigen Mächtigen unter Ausnutzung vieler kompensatorisch schwach gehaltener Partner erfolgreich realisiert werden könnte"(5) meint der Gießener Psychiater Horst Eberhard Richter.

Wo bleibt der Ausweg?

Unter diesen Voraussetzungen gewinnt das Bemühen um Organisationsentwicklung eine durchaus makabre Dimension. Zunächst einmal mußten

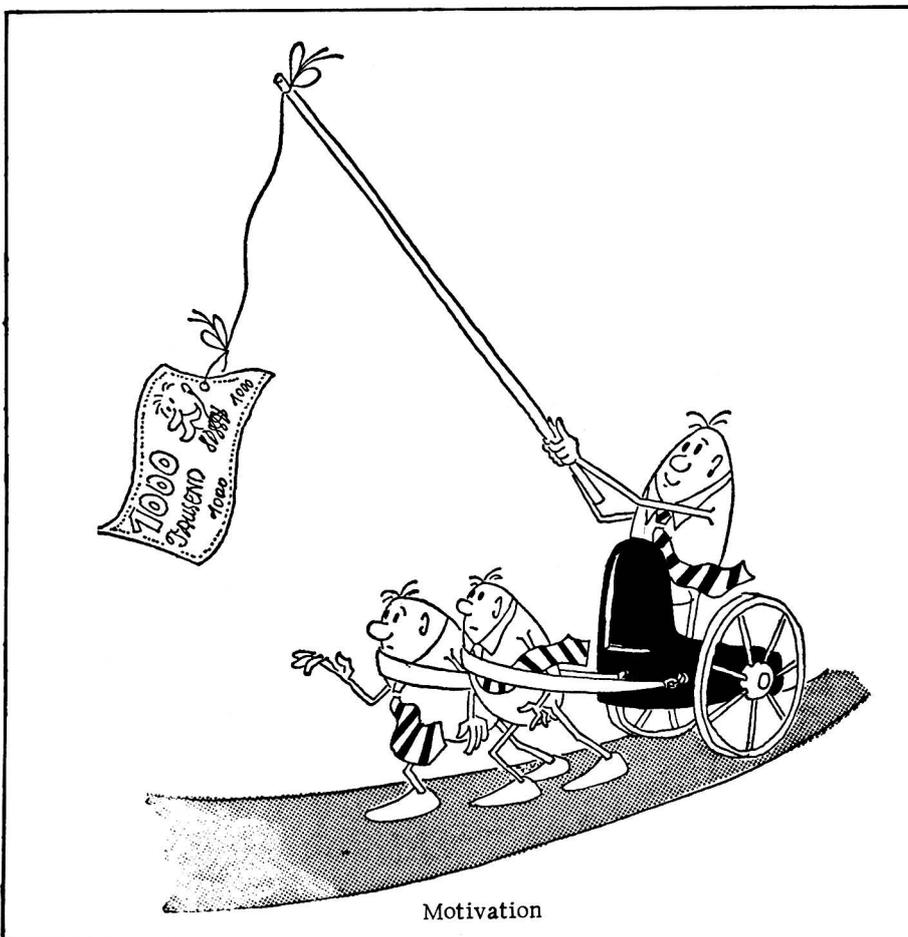
"die jeweils Mächtigen versuchen, die Schwächeren in Schach zu halten, um sich mit deren Hilfe nach wie vor den Traum einer omnipotenten Selbstenfaltung gestatten bzw. erfüllen zu können"(6). Je mehr sie aber darauf verfallen, bei den Schwachen "Halt und Bestätigung zu suchen, umso weniger (können) sie sich dieses Verhalten eingestehen. Umso mehr (vertreten) sie bewußt das Leitbild altruistischen Wohltätertums"(7). Ist das nicht auch bei "Organisationsentwicklung als Weg zur Mitbestimmung" der Fall? Wird hier nicht nachgerade versucht, das als vielgepriesenen Ausweg aus persönlichen Konfliktsituationen anderen freundlich aufzudrängen, was diese persönlichen Konfliktsituationen verursacht hat? Sollen hier nicht die Knechte nach der Fassung ihrer Herren selig werden? Da die Organisation nach Maßgabe der Bedürfnisse und Interessen derjenigen weiterentwickelt werden soll, die in ihr das Sagen haben und an ihrer Spitze unkontrollierbar für die Benachteiligten den Nutzen daraus ziehen, drängen sich solche Fragen beinahe von selbst auf.

Ist Selbstorganisation der Arbeiter nicht auch eine Möglichkeit der Organisationsentwicklung?

Auch im Betrieb unterliegen die zwischenmenschlichen Beziehungen sozialpsychologischen Gesetzmäßigkeiten. Die Menschen erleben – wie entfremdet auch immer – durch die Arbeit ihr Miteinanderverbunden-sein. Vor allem in der Arbeitsgruppe als nächster Umgebung des Arbeitsplatzes könnten sie Möglichkeiten vorfinden, in verschiedenen Rollen miteinander in Verbindung zu treten, eigene Stärken als positiven Beitrag in den Gruppenprozeß einzubringen und zu lernen, sich Schwächen einzugestehen, die durch jeweils andere Gruppenmitglieder ausgeglichen werden können. Sie könnten an sich erfahren, daß die Kommunikation der Gruppenmitglieder untereinander eine zumindest genau so große Bedeutung hat, wie das Gruppenarbeitsergebnis. Sie könnten erleben, daß jedes von ihnen spezielle Fähigkeiten und Kenntnisse hat, die durch die Zusammenarbeit mit anderen besonders aktualisiert werden und wodurch sie von den jeweils anderen freiwillig als Autoritäten akzeptiert werden, die durch den gruppenspezifischen Prozeß kontrollier- und austauschbar sind.

Sie könnten sich dadurch selbst die Personen aussuchen, auf die sie ihre Erwartungen und Hoffnungen "projizieren" bzw. mit denen sie sich zu "identifizieren" bereit sind. Sie könnten auf Grundlage ihrer Erfahrungen im Gruppenprozeß ihre persönlichen Voraussetzungen erheblich verbessern, unter denen sie Informationen empfangen, verarbeiten und schließlich weitergeben. Und sie könnten durch diese verbesserten Voraussetzungen über den eigenen Arbeitsplatz und den Rahmen ihrer Arbeitsgruppe hinaus mit anderen Arbeitsgruppen auf Abteilungs-, Betriebs- und Unternehmens-ebene zusammenarbeiten, um

+ die betrieblichen Vorgänge und ihre Einbettung in gesellschaftliche Zusammenhänge für sich durchsichtig und erkennbar zu machen,



- + dadurch für alle Interessierten zugängliche Entscheidungsgrundlagen zu schaffen,
- + periodisch für leitende und koordinierende Aufgaben ihnen geeignet erscheinende Personen zu bestellen und zu kontrollieren (und notwendigfalls auch abzubufen)
- + festzulegen, welche Entscheidungen von den Unternehmensfunktionen allein getroffen werden dürfen und zu welchen auch die Zustimmung der legitimierenden Gremien eingeholt werden müssen,
- + das Ausmaß der unternehmensinternen Entlohnungsunterschiede (Differenz zwischen höchst- und niedrigstbezahltem Arbeitsplatz) zu beschließen und
- + überhaupt auf Grundlage tatsächlicher Stimmgleichheit, jedoch im Zusammenwirken mit demokratisch gewählten Vertretern der Öffentlichkeit und der Konsumenten die Aufteilung des Unternehmensertrages vorzunehmen.

Durch demokratische Strukturen auch in der Arbeitsorganisation könnte der Ausgleich zwischen gesellschaftlicher Aufgabenstellung der Unternehmungen und dem Interesse der einzelnen Menschen nach schöpferischer Selbstverwirklichung im Arbeitsprozeß leichter möglich werden, als es unter den gegenwärtigen und demokratisch-herrschaftlichen der Fall ist.

Eine der Schlüsselfragen, um die sich alle Führungstheorien und Organisationsmodelle bisher immer noch herumgeschwindelt haben, ist die Legitimationsgrundlage der "Führenden". In einer fremdbestimmten Arbeitswelt müssen sie den Lohnabhängigen fremde Interessen vermitteln. Dies hat bestimmte Strategien und Verhaltensweisen zur Folge, wie elitäres Selbstverständnis, hierarchische und zentralistische Entscheidungsstrukturen mit scheindemokratischen Führungsstilen und pseudo-humanistischen Organisationsmodellen. Wäre das nicht doch anders, würden die Lohnabhängigen aus ihrem Kreis heraus Menschen beauftragen können, die ihnen nicht fremde Ziele zu vermitteln brauchten, sondern ihnen bei der Verwirklichung ihrer eigenen helfen sollten?

Wie den Übergang schaffen?

Sicherlich, die frontale Gegenüberstellung kapitalistisch-fremdbestimmte Arbeitsorganisation und gesellschaftliche Selbstorganisation assoziierter Produzenten birgt vielerlei Gefahren in sich. Wir neigen dazu, utopische Vorstellungen über Künftiges auf gegenwärtiges Niveau herabzuzerren, die durch die gegenwärtigen Verhältnisse geprägten Menschen in eine als schön ausgemalte Zukunft zu projizieren. Wir vernachlässigen dabei den Gesichtspunkt, daß sich Menschen, die sich auf den Weg zu einem zukünftigen Ziel begeben, unter den Erfahrungen, die sie dabei machen, schrittweise verändern. Über den für den gesellschaftlichen Fortschritt notwendigen Zielbezug in den Handlungen der Menschen schreibt Ernst Bloch, daß dieser "nirgends... aus fertig vorhandenen Zwecken... vielmehr aus solchen" besteht, "die sich im aktiven Prozeß erst bilden, immer neu darin entspringen und sich anreichern(8). ... Der Weg eröffnet sich darin als Funktion des Ziels, und das Ziel eröffnet sich als Substanz im Weg, in dem auf seine Bedingungen hin erforschten auf seine Offenheiten hin visierten"(9).

Bleiben diese Offenheiten im Visier, wenn wir kapitalistischen Optimierungsstrategien auf den Leim gehen? Gewiß, kapitalistische Organisationsentwicklung ist Fassadenkosmetik. Sie kann aber nicht verhindern, daß sich hinter dieser Fassade eine Entwicklung vollzieht, die eines Tages die Sprengung dieser Fassade ermöglichen kann. Je mehr die Kapitalisten ihre Angst vor der Selbstorganisation der Arbeiter hinter Organisationsentwicklungsmodellen zu verbergen suchen, desto offensichtlicher wird, was Horst Eberhard Richter diagnostiziert: "Je länger und intensiver Menschen zuvor in Abhängigkeit eingeschnürt waren, umso eher muß man zunächst mit dem Ausufer egozentrischer Impulse rechnen, die dem infantilen Niveau entsprechen, auf das man die Betroffenen vorher hinabgedrückt hatte"(10).

Dieser Angst der Kapitalisten, sich in den häßlichen Resultaten ihrer Kultur wiederzuentdecken – ökonomisch begründet, rechtlich abgesichert und ideologisch retuschiert –,

folgt gleich eine zweite nach: daß die Arbeiter – sind sie einmal durch den auf sie gesenkten Nebel des falschen Bewußtseins hindurch – Interessen zu organisieren beginnen, die kapitalistisch nicht mehr vereinbart werden können. Ausbeutung könnte dann nicht mehr in Wohltat umgelogen werden, die vermeintlich Entwicklungsbedürftigen sind in Wirklichkeit die Krücke, derer die Mächtigen bedürfen, um sich aufrecht erhalten zu können.

Dem menschlichen Bedürfnis nach schöpferisch-lustvoller Entfaltung in der Arbeit und dem Erlebnis größtmöglicher Rollenvielfalt müßte zum Durchbruch verholfen werden. Das bedeutet, den bisher immer noch Beherrschten die Selbststeuerung ihres Lernprozesses zu überlassen, um es ihnen zu ermöglichen, wieder Zutrauen in die Zuverlässigkeit ihrer eigenen Erfahrungen zu fassen. Hier nun Ziele vorzugeben, die von der gegenwärtigen Ausgangssituation geprägt sind und die die noch zu machenden Erfahrungen zwangsläufig ignorieren müssen, hieße, den geforderten Lernprozeß gleich im Entstehen abzuwürgen.

peter ulrich lehrer



Anmerkungen

- 1) Peter Grosskurth und Walter Volpert: "Lohnarbeitspsychologien. Berufliche Sozialisation: Emanzipation zur Anpassung", Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt am Main 1975, Seite 61
- 2) Ernst Bloch: "Das Prinzip Hoffnung", Suhrkamp taschenbuch wissenschaft 3, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1959, Erster Band, Seite 94
- 3) ebenda, Seite 54
- 4) Bernard Ingrisch: "Persönlichkeit und Führungsmotiv" in DER SOZIALIST IM RINGTURM, Nummer 49 vom Juli 1975, Seite 9
- 5) Horst Eberhard Richter: "Die Gruppe – Hoffnung auf einen neuen Weg, sich selbst und andere zu befreien", Rowohlt Verlag, Reinbek 1972, Seite 23
- 6) ebenda, Seite 20
- 7) ebenda
- 8) Ernst Bloch: "Das Prinzip Hoffnung", Dritter Band, Seite 1626
- 9) Ernst Bloch: "Das Prinzip Hoffnung", Erster Band, Seite 241
- 10) Horst Eberhard Richter: "Flüchten oder Standhalten", Rowohlt Verlag, Reinbek 1976, Seite 232

BRD:

Der DGB und der Kampf um das Mitbestimmungsgesetz

- Streit zwischen DGB und Unternehmen

In der BRD gibt es Streit: sollen die Gewerkschaften in die Konzertierte Aktion zurückkehren? (Die Konzertierte Aktion ist eines der Gremien der Klassen "Versöhnung", die für unsere spätkapitalistische Wirtschaft, manchmal auch "soziale" Marktwirtschaft genannt, so typisch ist – in der Konzertierte Aktion werden Verhandlungen zwischen Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und Wirtschaftsministerium zur Lohn- und Preisentwicklung geführt.)

Warum haben sich die Gewerkschaften aus der Konzertierte Aktion zurückgezogen? Mit ihrer Weigerung, an der Konzertierte Aktion teilzunehmen, protestieren die bundesdeutschen Gewerkschaften gegen die Verfassungsklage der Unternehmerverbände gegen das Mitbestimmungsgesetz.

Warum klagen die Unternehmerverbände gegen das 1976 im Sommer in Kraft getretene Mitbestimmungsgesetz? Die Unternehmer sahen sich veranlaßt, gegen die Ausweitung der Mitbestimmung zu klagen, weil diese erweiterte Mitbestimmung ein Verstoß gegen die Eigentumsgarantie, die von Unternehmern und ihren Handlangern in das bundesdeutsche Grundgesetz hineininterpretiert wird, bedeute.

Es ist eine alte Erfahrung, daß in Zeiten der wirtschaftlichen Krise, die Herrschenden Angst bekommen – und so ist nicht die angebliche Eigentumsverletzung durch die Mitbestimmung Ursache der Unternehmer-Klage, sondern schlicht die Krise des Kapitals, die die Kapitalisten begreiflicherweise in Unruhe versetzt.

- Was beinhaltet das Mitbestimmungsgesetz von 1976?

Natürlich kann hier keine detaillierte Interpretation des bundesdeutschen Mitbestimmungsgesetzes geliefert werden, aber es können einige Bestimmungen dargestellt werden und einige Maßnahmen, die die Unternehmer gesetzt haben um sich den Bestimmungen der erweiterten Mit-

bestimmung zu entziehen – noch bevor sie zur Klage schritten.

Das Wirksamwerden des Mitbestimmungsgesetzes ist an eine bestimmte Beschäftigtenzahl (mindestens 2000) und an eine bestimmte Rechtsform des Unternehmens gebunden. Gibt's also mehr als 2000 Lohnabhängige und stimmt die Rechtsform, ziehen ebensoviele "Arbeitnehmer" wie "Arbeitgeber" in den Aufsichtsrat. Das Mitbestimmungsgesetz von 1976 sieht bei Stimmgleichheit eine Entscheidung zu Gunsten der Kapitalseite vor. Von Gleichberechtigung oder Verletzung der Eigentumsgarantie kann also gar keine Rede sein!

Bisher haben die bundesdeutschen Unternehmer die Mitbestimmung in ihren Unternehmen durch Umstrukturierung und Rechtsformveränderung zum Teil unmöglich machen können: z. B. die Tochtergesellschaften von ITT in der BRD wurden von einer GmbH & Co KG, für die das Mitbestimmungsgesetz gilt, in eine offene Handelsgesellschaft verwandelt; usw. (Angaben aus dem Berliner "Extradiest", vom 17. Jänner 1978.)

Erfolgreich zur Umgehung der Mitbestimmung erwiesen sich die Teilung der Belegschaft, also eine scheinbare Reduzierung unter die 2000-Markierung; oder die Satzungs- und Geschäftsordnungsänderung des Aufsichtsrates, der in der Folge dann nur noch über den Jahresabschluß diskutiert und die Vorstandsbestellung entscheiden kann.

Das geschickte Austricksen und der offene Betrug der Arbeitnehmerschaft reicht den Herren Unternehmern nicht aus – sie benötigen dringend eine Festschreibung, daß ihr Eigentum in ihrer Verfügungsgewalt bleibt. Das heißt in diesem Fall, daß die Unternehmer gesetzlich festschreiben lassen wollen, daß ihnen im Fall von Stimmgleichheit im Aufsichtsrat das letzte Wort zukommt – sie griffen zum Mittel der Verfassungsklage, damit für alle Zeiten verhindert werde, daß den Arbeitnehmern noch "ein bißchen mehr" Gleichberechtigung zukomme (dazu Industrie-Funktionär Rodenstock:

"Man kann nun einmal nicht gegen die Fortschreibung von bestehenden Gesetzen klagen, sondern nur gegen Gesetze selbst" – "Spiegel" vom 19. Jänner 1978).

Einige Bemerkungen zum Charakter des Mitbestimmungsgesetzes von 1976

Die Politik der bundesdeutschen Gewerkschaften weist sich spätestens seit Ende des Zweiten Weltkrieges durch einen kooperativen Kurs aus – ein Charakteristikum, das wir an der ÖGB-Politik auch feststellen können. Als vorherrschendes Interesse setzte sich das Gesamtwohl der "Bevölkerung" als Ziel aller Politik durch. (In diesem Zusammenhang wäre die SPD-Bindung des DGB und die "Verwandlung" der SPD von einer Arbeiterpartei zu einer "Volkspartei" genauer zu untersuchen.) Klassenkampf wird ersetzt durch Verhandlungen, die die Klassen "Versöhnung" anstreben.

Der Kampf um Mitbestimmung ist tendenziell als fortschrittlich zu bezeichnen, denn allemal bedeutet er eine Verlagerung des Kräfteverhältnisses zu Gunsten der Lohnabhängigen. Die These der Verlagerung des Kräfteverhältnisses angewendet auf den Mitbestimmungskampf stellt sich als zutreffend heraus, wenn wir an die Verfassungsklage der Unternehmer gegen das Mitbestimmungsgesetz denken.

Wir dürfen den systemstabilisierenden Effekt der Mitbestimmung aber nicht aus den Augen verlieren. Das Einräumen von Mitbestimmungsrechten der "Arbeitnehmer" beinaltet die Möglichkeit, die "Arbeitnehmerschaft" in "Ruhe" zu halten. Die BRD-Gewerkschaften haben ihren Verzicht auf Klassenkampf bisher nicht nur durch immer akzeptabler erscheinende Lohnabschlüsse wettgemacht, sondern die "Arbeitnehmer" sollten durch die Teilhabe an Entscheidungsbefugnissen der Unternehmer bei Laune gehalten, mit dem kapitalistischen System "versöhnt" werden.

Die Krise der Weltwirtschaft (die Arbeitslosigkeit bedeutet) und die "Krise" in der Arbeitswelt (hervorgerufen durch Rationalisierung, die Arbeiter entwe-

der überflüssig macht oder unerträgliche Arbeitsbedingungen schafft) zwingen die Interessensvertretungen der Arbeiterklasse immer mehr zur Aufgabe der Kooperation – unter den verschärften wirtschaftlichen Bedingungen werden die Gewerkschaften zwangsläufig an ihre eigentliche Funktion erinnert: Kampf für die Arbeiterklasse und nicht mehr länger Kompromisse im Interesse des Gesamtwohls rücken in den Vordergrund.

Krisenauswirkung auf Gewerkschaftspolitik am Beispiel Konzertierte Aktion

Eine der Auswirkungen der Krise ist der Rückzug der Gewerkschaften aus der Konzertierte Aktion – denn an irgendeinem Punkt geht es wieder um die Legitimierung der Gewerkschaftsführung gegenüber denjenigen, deren Interessen sie zu vertreten haben.

So haben zum Beispiel zwei Einzelgewerkschaften der BRD – IG Druck und Papier und IG Metall (sogenannte kämpferische Gewerkschaften) – sich auf ihren letzten Gewerkschaftstagen gegen eine Rückkehr in die Konzertierte Aktion ausgesprochen – solange die Unternehmer nicht die Verfassungsklage zurückziehen.

Dazu meint DGB-Chef Vetter: "Die Entscheidung, ja oder nein (zur Rückkehr in die Konzertierte Aktion, S. B.) ist allerdings zu erst einmal eine Angelegenheit des Bundesvorstandes und damit ... des DGB (und nicht der Einzelgewerkschaften, S. B.)" ("Spiegel", 23. Jänner 1978).

Vetter seinerseits ist verhandlungsbereit – und zwar bereits über eine Modifizierung der Mitbestimmung, und nicht erst, nach Rückzug der Klage, über die Rückkehr in die Konzertierte Aktion. Vetter ist der Meinung, daß die Unternehmer die Verfassungsklage gegen die Mitbestimmung zurückziehen, wenn über deren Anwendung und Verwirklichung erst einmal Klarheit geschaffen worden ist.

Feststellung: von heute auf morgen passiert natürlich kein grundsätzlicher

HEINZ OSKAR VETTER



VORSITZENDER
DES DEUTSCHEN
GEWERKSCHAFTSBUNDES

HANS-BÖCKLER-HAUS
HANS-BÖCKLER-STRASSE 39
1000 D SSEL DORF
TELEFON 4301200

An alle
Gewerkschafter

Betr.: Mitbestimmung

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Der soziale Frieden in der Bundesrepublik Deutschland ist brüchig geworden. Wie bisher in schwierigen Zeiten haben die Gewerkschaften Stellung zu beziehen, um ihn zu wahren und erneut zu festigen. Für die Arbeitnehmer, für unsere Gesellschaft. Es gilt, einer Entwicklung entgegenzutreten, die unter der Tarnung, das Bewährte zu erhalten, rückwärts gerichtet ist.

Seit drei Jahren haben wir eine Million Arbeitslose. Inzwischen sind alle Erklärungen und Versprechungen aufgebraucht. Jetzt muß die Lohnpolitik der Gewerkschaften als Begründung für den mangelnden Willen und die Unfähigkeit erhalten, wirtschaftlichen Ertrag mit dem Recht auf Arbeit zu verbinden. Zaghafte Gemüter auch in unseren Reihen zeigen sich von der Flut und Unverfrorenheit der gegnerischen Argumente beeindruckt. Sie glauben, mit Stillhalten und Nachgiebigkeit könne man den Drohungen der Arbeitgeber mit weiteren Verschlechterungen der wirtschaftlichen Situation begegnen. Mit einer solchen Haltung hätten wir nie erreicht, was wir bereits an Rechten, Lebensstandard und sozialer Sicherung für die Arbeitnehmer errungen haben. Und wir werden dies erst recht nicht festhalten können.

Die Schlagworte der Arbeitgeber und ihrer politischen Freunde, von der gewerkschaftlichen Fremdbestimmung im Betrieb, vom Gewerkschaftsstaat, der Funktionärscherrschaft und der Lohn-Arbeitslosen-Spirale, sollten uns allen zeigen, wie systematisch diese antigewerkschaftliche Kampagne aufgebaut wurde und wie unerbittlich sie weitergeführt wird.

Jetzt klagen die Arbeitgeber gegen das neue Mitbestimmungsgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht. In der Bundesrepublik hat jedermann das selbstverständliche Recht, die Schutzwürdigkeit seiner Interessen durch den Richter bestätigen zu lassen. Im Gegensatz zu den vielfachen Falschbehauptungen haben wir dies nie in Zweifel gezogen. Inzwischen wissen wir, wie die Interessen der Arbeitgeber aussehen und was ihre Verfassungsbeschwerde bewirken soll. Nicht die im Grundgesetz bestimmte soziale Verpflichtung des Eigentums, sondern das Letztentscheidungsrecht der Eigentümer in der Wirtschaft soll durch den Richterspruch zementiert werden. Die Funktionsfähigkeit der Unternehmen sei durch das neue Mitbestimmungsgesetz gefährdet, behaupten die Arbeitgeber. Als ob nicht die mitbestimmte Stahlindustrie sich zur leistungsfähigsten in Europa entwickelt hätte. So als ob nicht der Steinkohlenbergbau die harteste aller wirtschaftlichen Krisen gerade durch die Mitbestimmung ohne bleibenden sozialen Schäden überwinden konnte.

Der Arbeitsdirektor, auf die gleiche Weise wie alle anderen Vorstandsmitglieder gewählt, zerstöre die Lohntarautonomie. In fast 30 Jahren Montanmitbestimmung ist eine derartige Behauptung nie ausgesprochen, geschweige denn bewiesen worden.

Was ist das denn nur für ein neues Gesetz, das zumindest in Teilen verfassungswidrig sein soll? Nach tagelangen Anhörungen aller interessierten Gruppen, nicht zuletzt namhafter Vertreter der Verfassungsrechtswissenschaft, hat der Bundestag quer durch alle Parteien und nur gegen wenige Stimmen das neue Mitbestimmungsgesetz beschlossen. Wer den ständigen Streit der Parteien um fast alle Einzelheiten der Regierungspolitik täglich vor Augen hat, sollte die seltene Einmütigkeit bei diesem Gesetz beachten. Mit dieser Abstimmungsmehrheit aller Parteien hätte der Bundestag sogar unsere Verfassung ändern können. Wir werden sehen, ob und wie sich die Parteien gegen diesen Angriff der Arbeitgeberverbände auf ihre gesetzgeberische Vernunft und verfassungsrechtliche Sorgfalt zur Wehr setzen werden.

Eines aber ist gewiß: Ein paar renommierte Rechtsanwälte werden uns den sozialen Frieden nicht zurückgewinnen. Wir lassen uns unsere politische Urteilskraft nicht vernebeln durch die Behauptung, hier ginge es allein um eine alltägliche Klärung von Rechtsfragen. Das der Verfassungsbeschwerde zur Beweisführung beigelegte Gutachten versucht auch erst gar nicht zu verschleiern, daß es in Wahrheit um entscheidende Fragen unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verfassung geht. Hier wird versucht, mit der Rechtsprechung unseres höchsten Gerichts Politik zu machen. Politik gegen die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften.

Unser selbstverständliches Bekenntnis zum Rechtsstaat soll sich in den Händen der Arbeitgeber als Waffe gegen uns wenden. Würde auch nur eine der Auffassungen der Arbeitgeber vor Gericht durchdringen, so würde von Mitbestimmung in diesem Gesetz nichts mehr übrigbleiben. Das alles wissen die Arbeitgeber sehr genau, und genau das wollen sie erreichen: Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Leistungsdruck und Jugendliche ohne Ausbildung – das sind die Ergebnisse unternehmerischer Alleinherrschaft. Hätten wir auf allen Ebenen der Wirtschaft die qualifizierte Mitbestimmung, es würde anders, es würde besser aussehen für die Arbeitnehmer, für unsere Gesellschaft, für die Stellung unserer Wirtschaft.

Euer

Kurswechsel in der (DGB)-Politik... Aber einige Gedanken Vettters sollen zeigen, daß auch den Ober-Bossen verschiedene Tatbestände klar sind: "Die Arbeitgeber begreifen langsam, daß sie hier etwas angerichtet haben, was zu einem Grundstreit für die zukünftige Gesellschaft auswachsen kann". Wenn die Unternehmer sich nicht bequemen die Verfassungsklage zurückzuziehen, dann wäre der Beweis erbracht, daß "über das Vehikel der Klage (die Unternehmer, S.B.) einen gesellschaftspolitischen Entwicklungsstopp ... erreichen (wollen, S.B.)" ("Spiegel", 23. Jänner 1978).

Der ehemalige Arbeitsminister Friedrichs (heute Chef einer großen Bank) warnte die Unternehmer vor Gewerkschaften, die sich nicht mehr auf der Ebene der Mitbestimmung betätigen können, stürzen sich mit voller Kraft auf eine konsequentere Form des Lohnkampfes – und Anlaß zu Lohnkämpfen stehen in der BRD zu genüge ins Haus (übrigens: nicht nur dort). Diese Äußerung Friedrichs ist ein wunderschöner Hinweis auf das systemstabilisierende Moment der Mitbestimmung. Der sehr betroffene Kanzler Schmid bewertet die Verfassungsklage als arge Fehlleistung der Unternehmer, weil damit die Reformtätigkeit der BRD in Frage gestellt sei. Wobei zu bedenken ist – von Schmidt wohl nicht –, daß mit der Verfassungsklage (und damit die zusammenhängende Boykottierung der Konzertierte Aktion durch die Gewerkschaften) der Anlaß zur Unmöglichwerdung von Reformen gegeben ist, die Ursache liegt darin, daß Kapitalismus nicht beliebig viel Spielraum für Reformen bietet – nicht beliebig lang auf Kosten der Arbeiterklasse modifiziert werden kann.

Es wäre unrealistisch anzunehmen, daß zu diesem Zeitpunkt schon die völlige Rückkehr des DGB in die Konzertierte Aktion in Aussicht ist – immerhin kündigt Vetter durch seine Kritik an der bisherigen Form der Konzertierte Aktion eine andere Zusammensetzung dieses Gremiums an und weist auf die völlige Unverbindlichkeit dieser Gesprächsrunde hin. Diese Kritik Vettters und das, was daraus wird, bedeutet noch lange nicht, daß eine tatsächliche Besinnung der Gewerkschaften von statten geht.

S. B.



Mit Zwentendorf begann's

Wie betreibt man eigentlich ein Atomkraftwerk?

Man nehme eine Gemeinde, die dringend Sanierungsmittel benötigt, lasse sich die Sache etwas kosten und wenn schon nicht die Bevölkerung zufrieden ist, so zumindest stellvertretend der Gemeinderat.

Diese Vorgangsweise scheint zur Methode der Regierung zu werden. In Zwentendorf, einer Gemeinde mit vielen Pendlern, viele davon sind Nebenerwerbsbauern, war es eine neue Schule und ein Hallenbad. Was half's, daß Arzt und Pfarrer dagegen auftraten, daß Walter Soyka mit 900 Vollmachten von Zwentendorfer Bürgern beim Anhörungsverfahren aufkreuzte. Er wurde kurzerhand auf Weisung des Gesundheitsministeriums von der Staatspolizei aus dem Saal entfernt.

Es ist nicht ganz einfach, in Zwentendorf gegen das AKW aufzutreten, vor allem nicht, wenn man Kinder hat. Der Bürgermeister von Zwentendorf ist nämlich der Direktor der hiesigen Hauptschule und hat auch gleich seine ganze Verwandtschaft als Lehrkörper um sich versammelt. "...daß die Kinder wahrscheinlich, die Leute vermuten es nämlich, daß die Kinder benachteiligt behandelt möchten werden vielleicht, net". (aus einem Interview mit einem Zwentendorfer – zu hören auf der 1. österreichischen Anti-Atomkraftwerks-Platte – (*).)

Soweit zu Zwentendorf, soweit zum Atomkraftwerk. Aber ein Atomkraftwerk produziert Atom Müll. Was tut nun eine Regierung, die einerseits im Energieplan schon die 700 Megawatt einkalkuliert hat und andererseits im Regierungsbericht versichert, bevor die Lagerung nicht gelöst sei, gibt es keine Inbetriebnahme: Sie sucht sich eine Gemeinde

* Zu beziehen bei:

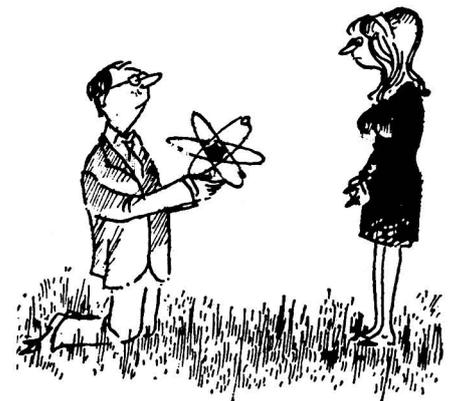
Bewegung für Sozialismus, 1040 Wien, Belvederegasse 10.
 Buchhandlung Brigitte Hermann, 1010 Wien, Grünnergasse 3.
 Buchhandlung Heinz Kolisch, 1010 Wien, Rathausstraße 18.
 Buchhandlung Felix Stelzer, Wien, Kolingasse 6 (Uni-Nähe).
 "Frauenzimmer", 1090 Wien, Lange Gasse 11.
 und bei allen Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke.

à la Zwentendorf, die auch ihre speziellen Sorgen hat: arm und verschuldet muß sie sein und mit der Demokratie darf es auch nicht so recht klappen.

Im Waldviertel hat es für die Regierung nicht geklappt. Die Waldviertler Gemeinden bräuchten zwar das Geld dringend genug, aber die Bevölkerung konnte ihren Bürgermeistern klarmachen, daß so ein Geschäft nicht nur auf Widerspruch, sondern auch auf WIDERSTAND stoßen würde. Die Koketterien mit dem Schah und Mr. President dürften sich auch schon zerschlagen haben. Sogar Kreisky, unerschrockener Verfechter der Kernenergie, mußte einsehen, daß mit dem H. St. Florian ("Schön's eigene Haus, zünd's andere an"), nichts zu reißen ist....

Kurz zur Geschichte von Alberndorf: Im Zuge der Zusammenlegung von Gemeinden unter 1000 Einwohnern (Alberndorf hat 600 Ew) wurde 1973 die Zusammenlegung von Alberndorf mit Haugsdorf, Klein-Haugsdorf, Jetzelsdorf und Auggenthal beschlossen und 74 durchgeführt. Dabei verlor der Bürgermeister von Alberndorf Zottl seinen Bürgermeistersessel. Böck, ursprünglich Bürgermeister von Haugsdorf wurde Alleinherrscher über alle 4 Orte.

Mit dem wohl richtigen Argument, daß Böck sich kaum um die Belange Alberndorfs kümmere, vergatterte Zottl die Alberndorfer auf seiner "Heimatliste", bekam 100 % der Stimmen und zog mit dieser Unterstützung zum Verfassungsgerichtshof. Am 30. Juni 1977 wurde Alberndorf wieder frei. (Der 30. Juni ist einer der beiden großen Feiertage von Alberndorf: Der andere ist der



1.
 Schlaflos grübeln Kreisky und Co.,
 das Müllproblem, das plagt sie so,
 im Waldviertel geht's ihnen auch sehr schlecht,
 die Waldviertler kämpfen bereits um ihr Recht.
 Refrain: Doch Alberndorf reißt alle raus,
 der Zottl nimmt sich den Müll nach Haus
 gesprochen: "Unter dem Motto"
 wieder gesungen: Wir haben keinen Fremdenverkehr
 und keine Industrie,
 drum brauchen wir zu unserm Glück
 a Atommülldeponie.

2.
 Die Zeiten sind teuer, die Schulden sind groß,
 ein bißchen Atommüll und wir sind sie los,
 ein Geschäft bei dem ihr nicht gewinnt,
 das uns nur um unsere Gesundheit bringt.
 Refrain.
 3.
 Darum stehn wir heute bei euch hier,
 und meinen es ist unser aller Bier,
 ob Atommüll gelagert in Alberndorf,
 oder Zwentendorf in Betrieb gehen dort,
 neuer Refrain: Auch Alberndorf reißt uns nicht raus,
 der Zottl nimmt sich keinen Müll mit nach Haus
 gesprochen: "Unter dem Motto":
 KEINE ATOMMÜLLLAGERUNG IN ALBERNDORF!

Geburtstag von Zottl, der öffentlich und unter Abspielen der Landeshymne begangen wird).

.allein heute fragen sich viele Alberndorfer, ob sie da einen guten Tausch gemacht haben.

Eine Folge dieses Alleinganges des ehemaligen Widerstandskämpfers Zottl war die Streichung der Zuschüsse des Landes NÖ.

Da die Gemeinden dieser Region für ein gemeinsames Bewässerungsprojekt Million Schilling aufwenden mußten, trifft der Entzug der Unterstützung die Alberndorfer besonders hart.

Aber unser Zottl weiß sich da zu helfen.

Als Bruder eines Möbelfabrikanten, eingehiratet bei Huber-Trikot, sind seine Beziehungen zur Industriellenvereinigung nicht die schlechtesten. Aus "gewöhnlich gut informierten Kreisen" wissen wir von einem Treffen Staribachers mit dem Bruder Zottls in Zürs, wo "die Regierung endlich ihren Trottel gefunden hat" (so ein erzürnter Haugsdorfer Bürger, der nicht genannt werden will).

Die Gemeinderatssitzung, bei der das Geschäft 200 Mio. Schilling gegen ein bißchen Atommüll beschlossen wurde, fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. An sich in Alberndorf nichts ungewöhnliches. Ungewöhnlich, um nicht zu sagen verfassungswidrig war schon, daß die Sitzung nicht öffentlich angekündigt war. Und noch ungewöhnlicher, daß Zottl den Gemeinderat zur strengen Geheimhaltung dieses Beschlusses verpflichtete.

Und so kam es, daß die erstaunten Alberndorfer zugleich mit den übrigen Österreichern aus dem Radio über "ihre Entscheidung" informiert wurden.

Was ist das für ein Gemeinderat, bei dem Zottl so sicher sein kann, daß sich alle an seine Weisungen halten? Zwei ehemalige Gemeinderäte (die Namen sind uns bekannt) erzählten uns, daß sie eben manchmal eine andere Meinung gehabt hätten als der Bürgermeister. Bei der Vorwahl des Gemeinderates noch an 10. Stelle (die ersten 15 kommen in den Gemeinderat) rutschten sie dann bei der Hauptwahl plötzlich aus dem Gemeinderat hinaus. (Sie lagen plötzlich an der 17. Stelle). Die Bürger von Alberndorf erklärten uns augenzwinkernd: "So wählt halt der Zottl seinen Gemeinderat". Eine Gruppe von rund 50 AKW-Gegnern, die sofort nach Bekanntwerden des Gemeinderatsbeschlusses nach Alberndorf fuhr, wurde von der Bevölkerung sehr herzlich aufgenommen – zur großen Verblüffung derer, die bei ihrer Informationsarbeit meistens auf Mißtrauen und Zurückhaltung stoßen. Haupttenor in der Bevölkerung: Die Entrüstung über den hinter ihrem Rücken gefaßten Beschluß.

Die Alberndorfer nahmen das Lied (im Kasten) das einige AKW-Gegner in der vorangegangenen Nacht spontan für sie komponiert hatten, mit Gelächter und Betroffenheit auf.

Inzwischen hat sich die "Weinviertler Initiative gegen Atomgefahren" gebildet.

Es sieht so aus, als müßten sich die Betreiber nach einer anderen verzottelten Gemeinde umschauen.

Kurt Winterstein, Susi Anderle

P. S. : Nach Redaktionsschluß haben wir erfahren, daß dies auch tatsächlich eingetreten ist.



Veranstaltungsreihe im CLUB LINKS

1020 Wien, Odeongasse 1
 (Ecke Große Mohrengasse)

Dienstag, 21. Februar 1978

DIE POLITISCHE UND ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG IM NACHKRIEGSÖSTERREICH – PARTEIEN UND ÖGB
 Egon Kodicek (ehemaliger Sekretär des ÖGB)

Dienstag, 7. März 1978

DER 20. PARTEITAG DER KPdSU UND DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE KPÖ
 Leopold Spira

Dienstag, 21. März 1978

DAS JAHR 1968 UND ÖSTERREICH
 Paul Kolm (Soziologe; ehemaliger Vorsitzender der Vereinigung Demokratischer Studenten)

Dienstag, 4. April 1978

GESELLSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE HEUTE
 Forumdiskussion

Betrifft: Rechtsstaat

Geiselnahme – von amtswegen

Wir wollen streng rechtsstaatlich untersuchen. Es geht uns hier nicht um die politische Beurteilung bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit überhaupt, es geht uns vielmehr darum, zu zeigen, daß diese bürgerliche Rechtsstaatlichkeit in der Anwendung durch die Organe tagtäglich verletzt wird.

Dieser Tage endete nun das letzte Verfahren im Zusammenhang mit der IBERIA-Affäre: Im Zuge einer Demonstration gegen die Todesurteile gegen spanische Widerstandskämpfer am 2. Oktober 1975 kam es aus Empörung zur Beschädigung des Wiener Büros der IBERIA und im Gefolge zu einer Auseinandersetzung mit der Polizei.

Im Anschluß daran kam es zu Strafanzeigen gegen acht namentlich genannte Beschuldigte und unbekannte Täter, insbesondere wegen § 269 Abs. 1 StGB (Strafgesetzbuch) – Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die Strafverfahren gegen fünf von ihnen wurden eingestellt – allesamt Exponenten von Organisationen der revolutionären Linken, darunter auch gegen ein Lei-

tungsmitglied der "Bewegung für Sozialismus". Drei Beschuldigte blieben über – allesamt Unorganisierte, von denen die Behörden wohl annahmen, es werde kaum hohe Wellen schlagen, hier Strafverfolgung zu üben. Ein solches Vorgehen nennen wir: Geiselnahme von amtswegen.

Es sei erwähnt, daß alle Beschuldigten sich nicht schuldig im Sinne der Anklage bekannten. Es sei erwähnt, daß wir alle Urteile in diesem Zusammenhang (sowohl Manfred Hubmann als auch Anton Matzer als auch Otto Schell erhielten je 3 Monate bedingt) für zumindest fragwürdig halten: Die Beschuldigten wurden willkürlich aus einer Reihe von Verhafteten herausgegriffen. Die Beweise zu ihren Gunsten wurden urteilsentscheidend mit anderem Maße gemessen als die Beweise, die zu ihren Lasten sprachen.

Der Vorgangsweise entsprechend, die wir angekündigt haben, greifen wir ein Verfahren heraus, um dies zu belegen.

Der Fall Anton Matzer oder das Langzeitgedächtnis des Polizisten Rathkolb

Im Verfahren gegen den Beschuldigten Anton Matzer ging es insbesondere um die Feststellung des folgenden strafrechtlich relevanten Sachverhaltes: Hat Anton Matzer der Exekutive Widerstand durch das Werfen von Steinen geleistet und dadurch diese an der Erfüllung ihrer Pflicht gehindert oder nicht.

Die Staatsanwaltschaft vermeint dies wie folgt beweisen zu können:

1. Aus der Aussage des Polizisten Rathkolb, der jedoch den Matzer nicht zweifelsfrei identifizieren kann (für einen Polizisten gibt er dies zunächst auch im bemerkenswerter Offenheit zu).

2. Aus der sogenannten Übernahmskette, d. h., der Matzer sei bei seiner Missetat beobachtet, festgenommen, identifiziert und anschließend aufs Kommissariat verbracht worden. Jedoch auch hier kann kein lückenloser Beweis erbracht werden. Im Gegenteil: Der Beamte, der von seinen Kollegen die Verhafteten übernimmt und diese vor der Übernahme in den Arrestantenwagen zu identifizieren sowie neben dieser Identifizierung auch die Dienstnummer des verhaftenden Polizisten zu notieren hat, und zwar in ein dafür vorgesehenes Buch, hat dies nicht getan. Das Buch selbst hat er erst

auf dem Kommissariat ausgefüllt, womit zumindest die Identität des Matzer mit demjenigen Demonstranten, der vom Polizisten Rathkolb wegen Steinwurfes verhaftet wurde, zweifelhaft ist.

Der Einzelrichter LGR Dr. Schnittenholz hilft diesem Beweismangel in einem bemerkenswerten Kurzverfahren ab: Er behauptet in seiner Tatsachenfeststellung zur Urteilsbegründung, daß Rathkolb den Matzer zweifelsfrei identifiziert habe (was nicht einmal Rathkolb selbst konnte) und daß die Identifizierung durch den in den Arrestantenwagen übernehmenden Beamten zweifelsfrei sei. Am 4. November 1976 lautet das Urteil: drei Monate bedingt.

Matzer beruft: Er erhebt Nichtigkeitsbeschwerde, indem er die erwähnten beiden Punkte verdeutlicht und auf die parteiische Prozeßführung des Herrn LGR Dr. Schnittenholz verweist. Und – erstaunlich: Das Oberlandesgericht Wien hebt das von Matzer angefochtene Urteil im vollen Umfang auf, hält insbesondere die beiden angeführten Momente (Identifizierung und Übernahmskette) als Beweisstücke für fragwürdig (!!!) und die Ablehnung von Beweisunterlagen seitens der Verteidigung für unzulässig.

Das Urteil des Oberlandesgerichts ist eines der seltenen Glanzstücke der österreichischen Strafjustiz im Sinne der dem bürgerlichen Regelspiel entsprechenden Strafprozeßordnung und hält fest: "Nach der gegebenen Sach- und Beweislage ist derzeit eine Verwechslung (...) nicht ganz unmöglich." Der Prozeß wird zur neuerlichen Beweisaufnahme an die erste Instanz zurückverwiesen.

Dort passiert nun Gewaltiges: Unter



schichte + information + zeitgeschichte + information + zeitge
+ zeitgeschichte + information + zeitgeschichte + information

Hüben und drüben



1899 erschien die erste Ausgabe der "Fackel" in Wien und leuchtete 37 Jahre dem wechselnden Gelichter der Zeit heim, erhellte bis zur Blendung die finstere Szenerie der Zeit und ihre noch dunkleren Hintergründe. Karl Kraus, alleiniger Herausgeber und Gestalter der "Fackel" war der wohl bedeutendste Einzelkämpfer nicht nur seiner Zeit. Seine Waffe war das geschriebene und gesprochene Wort, die Sprache seine zärtliche Geliebte und geharnischte Kampfgefährtin. Die Früchte dieser faszinierenden Beziehung waren Gedichte (Worte in Versen), Aphorismen (Sprüche und Widersprüche), Satiren von Shakespear'schem Humor, Goethe'schem Pathos, tödlicher moralischer Treffsicherheit. Die tiefste Feindschaft Karl Kraus' galt der Presse, der Journaille, der täglichen Perfektion von Phrase und Lüge mit Massenaufgabe (Tinte, Technik, Tod). Die "Letzten Tage der Menschheit" ist ein Drama von kosmischem Umfang: Zeit der Handlung ist der Erste Weltkrieg, den niemand wie Kraus visionär erschaute und ihn durchschauend als Ausdruck einer vollkommen aus den moralischen, kulturellen und sozialen Fugen geratenen Welt geißelte; Ort der Handlung die Front und die Hinterfront des K. u. K. -Österreich und Wien.

Ernst Fischer schrieb in seinem Essay über Kraus: Keiner sage, er war einer von uns. Karl Kraus hatte große Sympathien für die österreichische Arbeiterbewegung, für die er im organisatorischen Rahmen der damaligen Sozialdemokratie vielbeachtete Vorlesungen hielt. Seine zu Widerspruch reizende Haltung während der Zeit des Austrofaschismus und des triumphierenden Nationalsozialismus kann hier aus seiner Sicht nicht nähergebracht werden. Er erkannte sehr bald den wahren Charakter der Sozialdemokratie, ihrer Führer und wurde ihr schärfster Kritiker. In der großen Abrechnung mit all den Kritikern seines bedrückenden und erdrückenden Schweigens zum Hitler-Faschismus (erst später erschien die "Dritte Walpurgisnacht") kommt Kraus auf jenen vernichtenden Aufsatz zurück, der in der "Fackel" Mitte Oktober 1932 erschienen war und den wir hier auszugsweise als noch immer aktuelles Dokument der Zeit abdrucken.

Kraus schreibt da: Denn daß dieser Aufsatz in den Seminaren der "Komintern" als Leitfaden sozialdemokratischer Verächtlichkeit tradiert wird, damit ist noch lange nicht getan. Der politische Anspruch, unsere heutige, ewiggestrige Sozialdemokratie zu "verachten" kann von uns überhaupt erst eingelöst werden, wenn wir es anders, wenn wir es besser machen an Stelle dieser Sozialdemokratie etwas Gültiges gesetzt haben.

information + zeitgeschichte + information + zeitgeschichte + info
ichte + information + zeitgeschichte + information + zeitgeschich

Nr. 1

Wien, Anfang April

1899



Nachdruck nur mit Angabe der Quelle: «DIE FACKEL» erlaubt.

schichte + information + zeitgeschichte + information + zeitge
 + zeitgeschichte + information + zeitgeschichte + information

gung, die die Chancen der Konkurrenz abschätzt; und die Juden können nach Bedarf noch altfränkischer sein. Hat die Freiheit den Schillerkragen, so trägt die Brüderlichkeit den Kalabreser. Mehr als das: Marx nimmt Turnunterricht bei Vater Jahn, eine Spezialität, wie sie die Kulturge-schichte bisher kaum aufzuweisen hatte. Und nicht zu sagen, wieviel Elan unsere Taktiker entwickeln! So nüchtern sie im Sozialen Wellenberge als die Vorläufer von Wellentälern und vice versa abzuschätzen wissen, im Nationalen schwelgen sie, können nachempfinden, was in den Gemütern einer Trautenaus Stammtischrunde vor sich geht, und haben jedenfalls schon den Anschluß an die Sudeten vollzogen.
 ...

Welche Vorstellung von der Gottge-wolltheit einer politischen Macht, die sogar noch mit dem Verzicht auf den Generalstreik imponiert! Als ob es

Hindenburg oder Hitler verdrießen würde, daß die Arbeiter in die Fabrik gehen und daß man keine Streikbre-cher brauchen wird. Als ob es nicht ihr Triumph wäre, daß nur noch sol-che Sirene und nicht mehr die partei-amtliche die Arbeiter versammelt. Das ist ja noch größer als der Stolz auf die Abbruchparole von 1927! Man erinnert sich vielleicht, wie exakt damals alles ging: Ein Ruck - schon war die Arbeit niedergelegt; wieder ein Ruck - und schon war sie wieder aufgenommen! Wohlan! Wie klaglos der Apparat der Niederlagen funktioniert - ein Griff ein Gfrett -; und wie wir, benedict von Bruderpar-teien, im Rückschritt vorangehen, das rechtfertigt schon ein erhöhtes Selbstbewußtsein, vollends wenn es unmöglich erscheint, noch mehr ab-zuwirtschaften. Und nichts ist dieser Genügsamkeit unerschwinglich, die generalstäblerisch Pech in pures Gold verwandelt und aus dem unerschöpf-lichen Born der Selbstgerechtigkeit Beruhigung spendet; je größer die

Verluste, umso klingender das Klein-geld, das ihr herauskommt; es fehlt nur noch, daß man bei erklärter Pleite "heiße" sagt. Wahrlich ein Seelenleben, das den Hang zum An-schluß beglaubigen könnte! Die Ge-wißheit, daß die Fabriksirene die Arbeiter wieder versammeln wird, nachdem man sie entrechtet hat, als Raumgewinn zu imaginieren: solche Verzückung taktischer Nüchternheit ist selten.
 ...

Beilage zu
 "offensiv links" Nr. 40
 5. Jahrgang
 Februar 1978

Unter verschärfter Verlagspflicht.

Volkstimme

Wochenblatt Nr. 28 g V. h. h.



aus dem Wiener Walde

Sozialdemokratisches Wochenblatt für die Bezirke: Ciefing, Mödling und Purkersdorf

Schriftleitung und Verwaltung: Mödling, Neuböckstr. 6, Tel. 189. Bezugspreis für Österreich: mit Postgebühren monatl. 90 g. Vorkaufspreis 25.10. Kleinste Abnahmegebühr nach Nr. 10 des Reichsgesetzes

Jahrgang 15

Freitag, den 1. September 1933

Nummer 35

Internationaler Kampf gegen den Faschismus.

Vorige Woche haben wir kurz über die Tagung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Paris berichtet. Die Führer der sozialdemokratischen Parteien Europas be-rührten über die Wege, die nun zu gehen sind, über die schweren Selbstkritik, die das internationale Proletariat durch die jüngste Enttarnung erlitten hat, haben zur Selbst-bekämpfung wesentlich beigetragen. Der Verneinungskampf der Arbeiterklasse scheint in manchen Ländern auszuhalten zu sein, in an-deren scheint er zum vorläufigen Siege der Reaktion neigt zu haben. Die Lehren aus diesen Erfahrungen müssen offen und sch-nunglos gezogen werden. Die Pariser Tagung hat diese Aufgabe erfüllt.

Es war nur selbstverständlich, daß das traurige Schicksal der deutschen Arbeiterklasse im Mittelpunkt der internationalen Tagung stand. Otto Wels, der treibende Führer der deutschen Sozialdemokratie, gab zu, daß die deutschen Arbeiter und ihre Führer schlie-ßlich dabei, die zum verhängnisvollen Vernein des Sozialismus im Faschismus bei-tragen. Seine erregende Rede schloß Wels mit der Mahnung:

Absehen vor dem Hitler-Faschismus.

Der englische Arbeiterführer Dalton be-tonte, daß die englischen Arbeiter unerschüt-tert an der Demokratie festhalten. England ist erfüllt von tiefstem Absehen vor den Schandtatzen der Faschisten. Mit erwie-lenen Worten zeigte er, daß der Faschismus die Kriegsgefahr in Europa vergrößert. Für uns im Mitteleuropa war der Hinweis Daltons tröstlich, daß die Demokratie ge-rade in den meist fortgeschrittenen Ländern Europas unangefastet steht. Von Norden und Osten Europas gibt es keinen Faschismus und keine Diktaturen. Dalton mahnte die Arbeiter, die empörenden Übergriffe Daltons neuen Reiches vor den Völkern zu bringen. Der Zorn, Graue und Bedenken, be-tonte das Daltons, das Vertrauen der Ar-beiter der nordischen Länder in den schließ-lichen Sieg der Demokratie. Er meinte, es wäre falsch, wenn die Arbeiter nun nach neuen Zielen und neuen Wegen Ausschau hielten. Der Spanier Cordera schloß seine eindringliche Rede:

„Heute erklärt Hitler den Sozialismus

Vor den Völkern

4. Die S.M. fordert, daß alle freien Völker gegen die Bedrohungen des Friedens durch den deutschen Faschismus zusammenwirken.

Die S.M. fordert, daß die demokratischen Regierungen alle den europäischen Völkern gefährlichen Fragen auf die Kasse bringen des Völkerbundes legen, die der Sieg Daltons in Deutschland auswirkt, insbesondere die Aufhebung Deutschlands, das Vorgehen gegen Österreich und das Volk von Danzig, dessen verfassungsmäßige Freiheitsrechte international garantiert sind.

Gegen den Krieg!

5. Die S.M. ruft zum Kampf gegen die durch den Sieg des Faschismus hervorgerufene Kriegsgefahr.

Falls trotz dem unter der Führung des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf der S.M. erfolgenden Widerstand der Arbeiterklasse der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sollen die Arbeiter der in den Krieg bewiesenen Länder, selbst der ange-

griffenen Länder, demnach die doppelte Pflicht: einerseits die völlige Unabhängigkeit und Aktionsfreiheit ihrer Organi-sationen zu wahren; andererseits ihre Be-zugsnahme zu den Internationalen aufrecht-zuerhalten, um für die rasch mögliche Wiedereinrichtung der Feindlich-keiten zu wirken.

Die sozialistische Konferenz fordert im Namen der dreißig Millionen Ar-beitenden in der Welt, im Namen der berehenden Massen der Arbeiter und Angestellten, im Namen der ungeschulten berarnten Kleinbürger und Bauern, im Namen der um ihr Recht auf Arbeit be-tragenden Jugend, im Namen der aus ihren Händen blühenden freien Arbeit be-tragenden, an ihrer Handlungsbereitschaften Ober des Faschismus die Völker der Welt

zum Kampf auf gegen die Vorherrschaft des Faschismus und des Krieges und gegen ihre letzte Botschaft, die Barbaren der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.



Vorsitz von OLGR Hofrat Dr. Alfred Gleißner darf der Polizist Rathkolb erklären, daß ihm nach zwei Jahren etwas möglich ist, was ihm ein halbes Jahr nach dem Iberia-Vorfall nicht möglich war: Rathkolb erkennt den Matzer einwandfrei wieder. Auf Befragen des Einzelrichter ob Verwechslung unmöglich sei, antwortet der Rathkolb ohne Zögern: "Unmöglich. Ich habe keinen Zweifel ... wenn jemand mit Steinen auf Sie wirft, merken Sie sich das Gesicht sicher auch, und er ist es." Dies fällt dem Herrn Rathkolb zwei Jahre nach dem Iberia-Vorfall ein, noch in der ersten Hauptverhandlung hatte er seine Zweifel.

Dieses Langzeitgedächtnis des Herrn Rathkolb wird vom Einzelrichter Dr. Gleißner entsprechend gewürdigt: Es ergäbe sich "entgegen der Vermutung des Oberlandesgerichtes Wien, (...), daß die Übernahmekette als geschlossen angesehen werden muß", mithin der Anton Matzer der Übeltäter einwandfrei sei. "Dazu kommt aber noch, daß der Zeuge Rathkolb (...) auch jetzt in der Hauptverhandlung völlig glaubwürdig und eindeutig erklärte, daß eine Verwechslung in der Person des Festgenommenen nicht vorliege." (Aus der Urteilsbegründung). In der Logik solch genauer Untersuchungen auch die Konsequenz: "Aus den angeführten Gründen war die gleiche Strafe wie im Ersturteil zu verhängen."



Hier versagt die Feder des Kommentators – der Satyrker hätte eine solche Justizgroteske wohl nicht erfinden können.

Der Beschuldigte indes erhebt nochmals Berufung. Er konfrontiert die zweifelsfreie Aussage des Polizisten Rathkolb in der Hauptverhandlung vom 12. Oktober 1977, er erkenne den Verdächtigen wieder, mit der ebenso zweifelsfreien Aussage des Polizisten Rathkolb von früher, nämlich vom 4. Februar 1976 (!), in der dieser gleiche Rathkolb wörtlich angibt: "Ich kann mich an den mir heute gegenübergestellten Beschuldigten Anton Matzer zur Zeit nicht mehr persönlich erinnern."

In der Zwischenzeit jedoch ist es dem Rathkolb wohl eingefallen worden. Er hat sich zweifelsfrei erinnert.

Dies bestätigt ihm zumindest das heitere Oberlandesgericht in zweiter Instanz. Am 24. Jänner 1978 versammeln sich unter Vorsitz von Herrn OLGR Dr. Herbert Schmid um 8.40 Uhr vormittags zwei Richter, zu denen alsbald der Staatsanwalt stößt. Der dritte, im Berufungssenat nötige Richter fehlt noch, aber man einigt sich auch ohne ihn: Aus dem Beratungszimmer dröhnt schallendes Gelächter, in das zehn Minuten verspätet auch der dritte Richter einstimmt.

Dr. Werner Olscher, Staatsanwalt mit einem Rilke-Schnurbärtchen, nimmt

die Berufungsverhandlung schon gar nicht mehr ernst. Wie sonst läßt sich erklären, daß er schmunzelnd die Verteidigung darauf aufmerksam macht, zwar sei der Rathkolb nicht zweifelsfrei in seiner Identifikation, die Verteidigung übersehe jedoch, daß der Rathkolb auch nicht zweifelsfrei und überhaupt nie gesagt habe, der Matzer sei es nicht gewesen. Dieser nette Gag läßt die Richter schmunzeln – mit dem Beweisverfahren eines Strafprozesses, in dem Beweise für die Schuld und nicht Beweise für die Unschuld zu erbringen sind, hat dies indes wenig zu tun.

Noch immer lächelnd zieht sich denn auch das hohe Gericht zur Beratung zurück. Aus dem Beratungszimmer vernimmt der staunende Zuhörer zunächst schallendes Gelächter – wohl über die Pointe des Herrn Staatsanwaltes.

Anschließend das Urteil: drei Monate bedingt für Herrn Matzer.

Der bürgerliche Rechtsstaat läßt es nicht zu, daß heute unschuldige Geisel erschossen werden – aber Gerichte finden immerhin den Weg, Geisel zu kriminalisieren und sie anschließend strafrechtlich zu behandeln.

Wir behalten uns vor, solches "Geiselnahme von amtswegen" zu nennen.

Ronny Pohoryles



Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME

ADRESSE

BERUF.....ALTER.....

Der Preis beträgt für das Inland: S 50,- (inkl. Porto)
für das Ausland: S 50,- (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.



Eine alltägliche Geschichte – zweimal erzählt

Die Geschichte, wie sie sich begab: zwischen zwei Autofahrern kommt es zu einer der alltäglichen Streitereien. Bald schon alltäglich, jedenfalls nicht einmalig der weitere Fortgang der Geschichte. Einer der beiden zückt eine Faustfeuerwaffe und schießt auf den anderen. Durch und durch alltäglich zu sein scheint auch der Schluß der Geschichte: Dipl.-Ing. Hamburger, der Schütze, stellt sich, nachdem sein Opfer verletzt ins Spital eingeliefert wurde, selber dort ein, weil er sich in der Aufregung auch die eigene Hand durchgeschossen hat. Die polizeiliche Untersuchung des Falles führt zu einem Waffenfund größeren Ausmasses im Tresor Hamburgers. Zur Tatzeit trug er eine militärische Kampfmontur und ein Koppel mit einem Hakenkreuz darauf. Ganz normal und alltäglich auch die Reaktion der Polizei und der Massenblätter: "Hamburger wurde auf freiem Fuß angezeigt, Führerschein und Waffenpaß wurden ihm abgenommen. Die Staatspolizei überprüft, ob der Patentanwalt einer ultrarechten paramilitärischen Vereinigung angehört."

So lautete der Bericht in den Zeitungen – ohne Kommentar von "Staberl", der sich sonst keine Gelegenheit entgehen läßt, auf die Bedrohung des Staates und unserer Gesellschaft durch Terroristen und bewaffnete Banden hinzuweisen. Nur sein "linkes" Gegenstück in der "AZ", "Gluthammerl", fand auf seine hitzige Art unverständlich die Vorgangsweise der Behörden, insbesondere der Staatspolizei. Wir finden seine Aufregung über eine so alltägliche Geschichte nicht ganz echt.

Nicht alltäglich und aufsehenerregend wäre die Geschichte, zum zweiten Mal erzählt, so gewesen: Zwei Autofahrer streiten sich, einer schießt, verletzt sich selbst, Polizei geht der Sache nach – und siehe da! –, findet nicht nur ein Waffenarsenal, sondern auch das "vermutliche" Versteck der Palmers-Entführer. Schlagzeilen. Der Betreffende sitzt hinter Schloß und Riegel in strenger Untersuchungshaft, Justiz- und Innenminister, Polizeipräsident und Leiter der Abteilung I geben Dauerinterviews, die Sache

schlägt ganz Österreich in ihren Bann. Wie das? Nun, der Autofahrer trug eine typisch linksverdächtige Kluft: Jeans, gelbe Regenhaut, schwarzen Rollkragenpullover mit einem roten Stern vorn und hinten hineingestrickt. Das Foto spricht Bände: lange Haare, Bart, Nickelbrille. Beruf: erraten! – Student der Soziologie. Diese Version der Geschichte sollten wir patentieren lassen! Durch Herrn Patentanwalt Dipl.-Ing. Hamburger?

Z. ★

Neue Mitte, Neue Rechte

Wenn es unten, an der Basis des ganzen Systems, einmal anfängt zu stinken, kommen scharenweis die Schmeißfliegen daher. Sie schillern in den verschiedensten Farben und finden auch Nahrung.

Eine der lästigsten (die sich nicht verschrecken lassen), die wir als Herausgeber der "Politischen Briefe" in der "offensiv links" schon vorgestellt haben, schafft es auf Anhieb innerhalb einiger Tage über 2,5 Millionen Schilling an "Spenden" aufzutreiben, die ihn vor dem drohenden Bankrott bewahren sollten. Die Spender, meist identisch mit den "Abonnenten", ließen sich nicht lumpen. Sie haben's ja. Und damit es so bleibe, dafür wird die derzeit wohl reaktionärste Druckerschwärze in den "Politischen Briefen" weiter verspritzt.

Anders, sozusagen mit dem organisatorischen, an Stelle des rein publizistischen Hebels, versucht es eine "Gesellschaft freier Selbständiger" (es gibt auch "unfreie"!), die Welt des ÖGB aus den Angeln zu heben. Aus der "Gesellschaft" soll die "Erste österreichische Gewerkschaft für alle selbständig Werkstätigen" hervorgehen. Das sind, laut eigener Angabe: "Gewerbetreibende, Kaufleute, Industrielle, Manager, Künstler, Wirtschaftstreibende, Steuerberater, Rechtsanwälte, Notare, Apotheker, Dentisten, Ärzte, Landwirte" und – Hausfrauen!

Nach dem Vorbild des Kassenschlagers "Der weiße Hai", wird der "Kampf dem roten Hai", sprich ÖGB, angesagt. Als Mitgliedsbeitrag werden beiseide 100 Schilling eingehoben – mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die steuerliche Absetzbarkeit.

Es wird aber nicht nur um die potentiellen Mitglieder für eine Gewerkschaft der Privatunternehmer, sondern auch für eine breite Kampagne zur Aufklärung der "Arbeitnehmer" (im Gegensatz zu den "selbständig Werkstätigen" wohl die "unselbständig Werkstätigen"?) geworben.

"Wenn nur 100 Selbständige einen entsprechenden Druckkostenbeitrag leisten, können wir mit unserer Aktion 100.000 Arbeitnehmer erreichen."

Wozu soll dieser Sprung von der Qualität in die Quantität dienen? Das Produkt ist ein Druckwerk, das den – sicher nicht selbstkritisch gemeinten – Untertitel trägt: "Political-fiction-Zeitschrift". Eindringlich illustriert, fängt der darin geschilderte Political-Horror-Trip damit an, daß im "Vollendeten Sozialismus" die Unternehmer beim Fenster hinausfliegen, um am Ende in einer totalen Finsternis ("Arbeiterparadies" genannt) einen großen einsamen Stiefel die "Genossen" zertretend am Werk zu sehen.

Aber es gibt auch "seriösere" Versuche. Diskret und charmant wirbt die "Neue Mitte" für eine VEREINIGUNSPHILOSOPHIE. Das ist durchaus nichts Unanständiges. Im Gegenteil soll mit deren Hilfe "eine neue Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Kommunismus" errichtet werden. Das ist durchaus keine Kleinigkeit! Daher handelt es sich hier auch "um die geistige Revolution kopernikanischen Ausmasses" (im Original gesperrt). Wem das noch immer zu verschwommen ist, der lese noch dieses letzte Originalzitat aus dem Organ der Neuen Mitte, "integral", Nr. 3:

"Die erforderliche Ideologie, die diese Voraussetzungen erfüllt, ist eben die neue Ideologie der Mitte. Sie liegt daher nicht zwischen links und rechts, Kommunismus und Kapitalismus, sondern darüber."

Das ist die bisher prägnanteste ideologische Standortbestimmung, die uns je untergekommen ist.

Z.P. ★

Universität:

VSSiÖ und 4. Internationale

In einem Jahr eher erzwungener Unabhängigkeit von der SPÖ hat sich im VSSTÖ die Diskussion um eine eigenständige linke Politik widerspruchsvoll entwickelt. Während etwa die Grazer Sektion der sozialistischen Studenten über eine grundsätzliche Kritik der praktizierten leninistischen Parteimodelle zu einem Selbstverständnis kommen will, haben sich die Dissidenten der VSSTÖ in Wien immer mehr trotzkistischen Positionen angenähert. In dieser Situation trat die GRM an drei VSSTÖ-Gruppen und die Sozialistische Aktion mit einer Aufforderung zu einer gemeinsamen Grundsatzdiskussion heran. Darüber sprachen wir mit Karl Öllinger vom Salzburger VSSTÖ, der auch stellvertretender Bundesvorsitzender ist. Wie Öllinger glauben auch wir nicht, daß dadurch die längst fällige Klärung der wichtigsten Fragen für die Herausbildung einer linken Alternative zur Sozialdemokratie geleistet werden kann.

F.: Seit fast einem Jahr gibt es nun schon den offiziellen Bruch zwischen den meisten Sektionen des VSSTÖ und der SPÖ. Welche Entwicklung haben die sozialistischen Studenten in dieser Zeit durchgemacht?

A.: Die nach den Ultimaten der Partei erfolgte Spaltung des VSSTÖ hat bisher weder der linken noch der rechten Fraktion genützt. Beide Fraktionen sind dadurch personell und politisch geschwächt worden. Die rechte Fraktion, also die Sektionen Wien, Linz und Leoben, werden von der Partei sicher noch stärker unter Druck gesetzt werden, weil sie die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt haben und keine Mehrheit im VSSTÖ zustande bringen konnten. Es ist damit zu rechnen, daß die SPÖ die Bildung eines neuen, gefügigen Studentenverbandes außerhalb des VSSTÖ initiieren wird.

Die linke Fraktion mußte damit beginnen, ihre Positionen grundsätzlich neu zu überdenken. Einigkeit besteht in groben Zügen nur über das kritische Verhältnis zur Sozialdemokratie. Viele der Fragen jedoch, die wir bisher eindeutig beantwortet haben, weil wir uns als Teil der Sozialdemokratie verstanden haben, müssen neu überdacht werden. Ein dringendes Problem dabei ist die Klärung der Organisationsfrage.

F.: Ihr habt etwa vor einem halben Jahr (siehe OL Nr. 33) als Zielvorstellung ein "Sozialistisches Zentrum" genannt. Grob skizziert bedeutet das, anknüpfend an konkrete Erfahrungen ein organisatorisches Zentrum für oppositionelle Kräfte innerhalb

der Sozialdemokratie und Gruppen außerhalb der Sozialdemokratie zu schaffen. Was ist aus diesem Anspruch geworden?

A.: Wir sind da kaum weitergekommen. Derzeit stellen sich die Fragen bei uns fundamentaler. Wir diskutieren gerade grundsätzlich, welchen Beitrag eine Organisation, die sich hauptsächlich aus Studenten rekrutiert, für die Herausbildung von Klassenbewußtsein, für eine Rekonstruktion der Linken in Österreich leisten kann. Wir glauben allerdings, daß wir diese Probleme nicht alleine haben und auch nicht alleine lösen können. Die nicht stalinistische Linke außerhalb der SPÖ müßte hier gemeinsam diskutieren. Diese Diskussion sollte sich nicht nur auf die vorhandenen Organisationen beschränken. Auch linke Gruppen, die sich ganz speziellen Fragen widmen, Sozialarbeiter seien da nur ein Beispiel, sollten daran teilnehmen.

Derzeit gibt es diese Diskussion nicht und wird auch nicht von den Organisationen initiiert. Die Folge ist ein immer stärkeres Auseinanderklaffen zwischen den Organisationen und den Alternativgruppen, was für beide Seiten verhängnisvoll werden kann.

F.: Die GRM hat 3 der 5 oppositionellen Sektionen des VSSTÖ eingeladen, an der Diskussion für die nationale Delegiertenkonferenz der GRM teilzunehmen. Begründet wird diese etwas selektive Einladung mit einer hohen programmatischen Übereinstimmung dieser 3 Sektionen mit der 4. Internationale. Besteht diese

Übereinstimmung und wie stellt sich die Salzburger Sektion des VSSTÖ zu diesem Angebot?

A.: Wir halten eine Diskussion in diesem Rahmen nicht für sinnvoll. Unserer Meinung nach sollten zu einer grundsätzlichen Diskussion über Fragen linker Strategie alle Sektionen des VSSTÖ eingeladen werden – also sowohl die 2 zusätzlichen linken als auch die rechten Sektionen, die man zu einer Stellungnahme zu diesen Fragen bewegen muß. Darüber hinaus müssen auch andere Organisationen, wie z. B. fōj-bfs einbezogen werden. Drittens glauben wir, daß die Salzburger Sektion zuerst intern ihre Haltung zu wesentlichen Fragen diskutieren muß. Wir haben bisher keine klare Meinung zu den Fragen des Charakters und der Funktion einer politischen Organisation und müssen auch unsere Stellung innerhalb der linken Bewegung diskutieren.

F.: Beziehen sich eure Überlegungen auf die vorhandenen linken Organisationen oder glaubt ihr, daß zur Herausbildung einer notwendigen Alternative zur Sozialdemokratie ein Wandlungsprozeß innerhalb des Spektrums der dafür in Frage kommenden linken Organisationen eingeleitet werden müßte?

A.: Man kann sicher mit vielen Organisationen Übereinstimmung darüber erzielen, daß der Zustand der organisierten Linken Ausdruck der Situation unterentwickelter Klassenkämpfe in Österreich ist. Diese Organisationen werden sich sicher ändern müssen, um fähig zu sein, eine Alternative darzustellen. Gerade darüber müßte über Organisationsgrenzen hinweg diskutiert werden. Deswegen unterstützen wir grundsätzlich eine Initiative zur Einleitung einer solchen Diskussion. Gegenüber dem Vorschlag der GRM müssen wir jedoch die erwähnten Anmerkungen machen. Wenn wir uns intern Klarheit über die Perspektiven des VSSTÖ geschaffen haben, werden wir uns sicher an einer solchen Diskussion beteiligen und auch von uns aus konkrete Vorschläge machen.

F.: Um nochmals zum Charakter der Diskussion zu kommen; die GRM geht in ihrem Vorschlag von der Notwendigkeit einer weitgehenden programmatischen Übereinstimmung



aus. Dient nicht erst eine Diskussion zur Klärung programmatischer Grundsätze? Werden dadurch nicht Bereiche wie Gewerkschaftsarbeit, Kommunalpolitik ausgeschlossen, wo solche programmatischen Arbeiten erst bruchstückhaft bestehen?

A.: Für uns können wir feststellen, daß es diese programmatische Übereinstimmung nicht gibt. Wir halten jedoch eine Diskussion auch ohne programmatische Klarheit für notwendig – gerade in einem solchen Stadium ist ein Erfahrungsaustausch wichtig. Wir glauben, daß es notwendig sein wird, Arbeitsthesen zu diskutieren, die trotz sicher weiter bestehender Differenzen eine gemeinsame Arbeit nicht nur der organisierten Linken ermöglichen sollen. Ich sage bewußt Arbeitsthesen, weil wir eben noch nicht so weit sind, daß wir eine umfassende Ant-

wort auf den Kapitalismus und seine Krise entwickeln und vertreten können.

Gerade die von dir angesprochenen Bereiche – Gewerkschaften, Kommunalpolitik – sind Domänen des Reformismus, zu denen wir ganz sicher auch ein praktisches Verhältnis schaffen müssen, und nicht bei einer rein theoretischen Alternative stehenbeileiben können.

Dabei werden wir sicher auch noch manche Fehler und schmerzhaft Erfahrungen machen müssen, wenn wir allerdings bereit und imstande sind, daraus zu lernen, Konsequenzen zu ziehen, also die Erstarrung, in der sich die Linke momentan befindet, überwinden können, dann sehe ich eigentlich gar nicht so schwarz für die Zukunft.

Mit Karl Öllinger
sprach Kurt Langbein



und Tito, einen kräftigen Schuß Walter Ulbricht, übergieße das Ganze mit einer Tunke aus Eurokommunismus und Maoismus – und man hat den Neujahrscocktail, den der "Spiegel" als "Manifest des Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands" (BDKD) serviert. Viel mehr als zusammengeklaut Zitate aus allen Spielarten des Kommunismus werden da nicht geboten. Jeder einigermaßen versierte Journalist, der sich mit dieser Problematik beschäftigt, könnte dieses "Manifest" zusammengebraut haben. Um als echt gelten zu können, fehlt ihm eines: die unverwechselbare Denk- und Ausdrucksweise "mittlerer und höherer SED-Funktionäre", die angeblich seine Autoren sein sollen.

Das läßt sich an einigen Beispielen aus dem bisher veröffentlichten Teil des Manifestes nachweisen. Was es vor allem dubios erscheinen läßt, ist die Mischung aus "eurokommunistischer" und neumaoistischer Terminologie. Ehemalige "marxistisch-leninistische", heute "demokratische Kommunisten", die vermutlich auch nach ihrer Lösung von der marxistisch-leninistischen Orthodoxie Lenins zumindest Rosa Luxemburgs Imperialismus-Theorie im Prinzip weiter akzeptieren, würden kaum maoistische Sprachschöpfungen übernehmen, wie die von den "zwei imperialistischen Supermächten USA und UdSSR" und dem "neofaschistischen Typ der sowjetischen Machthaber". Und die These vom "roten Imperialismus" käme schon deshalb nicht über ihre Lippen, weil für sie die Rote Fahne nicht "das rote Tuch" ist. Schließlich ist auch die Behauptung, "die ungleichmäßige Entwicklung des Staatskapitalismus" – gemeint ist das Wirtschaftssystem der kommunistischen Länder – habe "dazu geführt, daß heute zwei imperialistische Supermächte, die USA und die UdSSR, existieren", glatter Unsinn.

Schwierigkeiten hatten die Autoren des Manifestes offenbar auch mit der Definition des derzeitigen Gesellschaftssystems der DDR. Die "Eurokommunisten", als deren Geistesverwandte sie sich ausgeben, bezeichnen den als "realen Sozialismus" definierten Zustand in den kommunistischen Ländern als "Sozia-

DDR-Manifest:

Angebranntes SPIEGEL-Ei

Das BRD-Nachrichtenmagazin "Spiegel" hat zum Jahresbeginn mit der Veröffentlichung eines von "mittleren und höheren SED-Funktionären" eines angeblichen "Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands" (BDKD) verfaßten Manifests ein Ei gelegt, das beim Braten nicht nur angebrannt ist, sondern auch bereits faul war, als es von der Henne pfannenfertig angeliefert wurde. Zu solch "lockerer" Schreibe wird man bei der Lektüre dieses wohl aus Pullach, dem Sitz des Bundesnachrichtendienstes (BND), stammenden Elaborats verführt. Man ist versucht, zu sagen, daß alles so falsch ist, daß sogar das Gegenteil nicht stimmt.

Auf die Kritik an der Veröffentlichung des "Manifests" meinte der "Spiegel"-Chefredaktor Böhme, seine Zeitung habe Erfahrung damit, was echt und nicht echt sei. Beim Veröffentlichen von Fälschungen hat der "Spiegel" tatsächlich Erfahrung. Man denke nur an die großangelegte Publikation der "Penkowski-Papiere" (1965), die von einem angeblichen KGB-Überläufer stammten. Sie wurden vom CIA fabriziert, wie aus den

jüngsten Enthüllungen über die weltweite "Pressehilfe" des CIA hervorgeht. Der amerikanische Geheimdienst beschäftigte zeitweise bis zu hundert Journalisten, Auslandskorrespondenten usw.!

Was von dem Manifest zu halten ist, sagt kurz und treffend der "Parlamentarisch-Politische Pressedienst" (PPP) der SPD. Der Artikel, den wir hier wiedergeben, soll übrigens von einem abgesprungenen Korrespondenten der DDR-Nachrichtenagentur ADN namens Böhm stammen, einem "Dissidenten" also. Er äußert sich hier nur zum ersten Teil des Papiers. Der im "Spiegel" vom 9. Januar veröffentlichte zweite Teil berichtet über die angebliche Korruption in der DDR – in einem Stil, der direkt aus der Küche des "Spiegels" kommen könnte und wohl auch kommt. Das Blatt hatte hier keine geheimdienstliche Hilfe mehr nötig.

Zitatengemisch

Man nehme eine Portion Rosa Luxemburg und Rudolf Bahro, eine Prise Marx und Lenin, Anton Ackermann ("Deutscher Weg zum Sozialismus")

lismus im Primitivzustand" (Carrillo) "protosozialistisch, das heißt Sozialismus im Larvenzustand" (Bahro), sie stellen dem "totalitären" Sozialismus (KP Spanien) oder dem "degenerierten" (Azcarate) den "Demokratischen Sozialismus" (Kanapa, KPF) gegenüber. Anders die "demokratischen Kommunisten" des Manifestes. Für sie ist der "reale Sozialismus" "pseudosozialistischer Staatskapitalismus". Auch das ist für "demokratische Kommunisten", die zumindest im Anfangsstadium ihrer Wandlung immer noch marxistischen Termini verhaftet sein dürften, eine unwahrscheinliche These. Und schließlich entspricht die Verwendung der Formulierung "die Sowjets" eher dem Stil von Boulevard-Zeitungen als dem demokratisch-kommunistischer Theoretiker.

Klassenkampf gestrichen

Fast schon als naiv zu bezeichnen ist die im Manifest aufgestellte Behauptung: "Der schöpferische Marx hätte heute längst die These der französischen Sozialisten vom Klassenkampf . . . gestrichen". Marx hat stets betont, er sei weder der Entdecker noch der "Erfinder" der Klassen oder des Klassenkampfes. Bereits vor ihm waren sie von dem Römer Titus Livius (1. Jahrhundert) dem Florentiner Machiavelli (15. Jahrhundert), den Engländern Smith und Carlyle (Zeitgenossen von Marx) und anderen nichtfranzösischen Soziologen und Nichtsozialisten "entdeckt" worden. "Klassenkampf" ist für ihn nicht nur eine Waffe der gesellschaftlich Unterdrückten, sondern war, bevor diese sich dessen bewußt wurden, bereits eine der "herrschenden Klassen". Bisher ist keiner der "Eurokommunisten" von dieser nicht nur von Marx vertretenen Theorie abgerückt. "Eurokommunisten" in der DDR dürften eher dazu neigen, sie auch auf die neuen Klassen in den Ländern des "realen Sozialismus" anzuwenden, zumal deren Existenz neuerdings auch von den Marxisten-Leninisten nicht mehr bestritten wird.

Etwas simpel ist die Diagnose, "angesichts der globalen Interdependenz im westlichen imperialistischen System droht keine Kriegsgefahr mehr zwischen den kapitalistischen Industrieländern". Daß zwischen den

beiden durch die zusätzliche Interdependenz in der NATO verbundenen Staaten Griechenland und Türkei wegen Zypern einige Male beinahe ein Krieg ausgebrochen wäre, scheint den Autoren entgangen zu sein.

Populär, aber nach Apshalt-Presse, klingt die Forderung nach "Enteignung der Polit-Bürokratie und der DDR-Millionäre". Daß es "DDR-Millionäre" gibt, ist bisher noch von keiner Seite behauptet worden. Sie in Zusammenhang mit den "circa 90 Milliarden DDR-Mark auf den Konten" der DDR-Bürger zu bringen, dürfte wohl kaum dem Niveau eines Schriftstücks entsprechen, das durch die anspruchsvolle Bezeichnung "MANIFEST" zu Vergleichen mit einem anderen programmatischen Werk herausfordert.

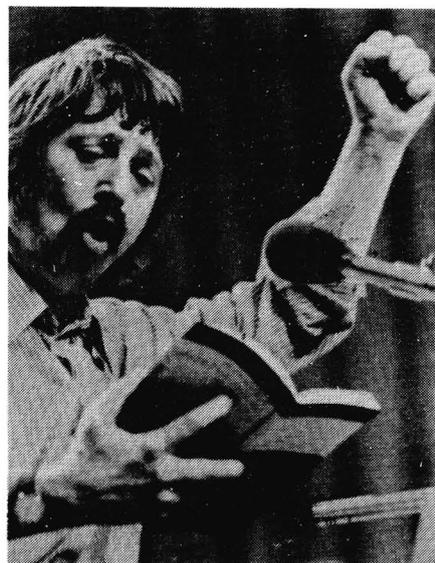
Stimmung annähernd erfaßt

Dennoch gibt es in diesem Schriftstück ganze Passagen, in denen die Stimmung in der DDR-Bevölkerung und auch in gewissen SED-Kreisen annähernd realistisch dargestellt wird. Dazu gehört die weitverbreitete antirussische – neuerdings auch antipolnische – Stimmung und die trotz aller Gegenpropaganda immer noch stärker als in der Bundesrepublik ausgeprägte Hoffnung auf die Wiedervereinigung. Dazu gehören auch der Hohn auf die dogmatische Erstarrung des Marxismus-Leninismus in der stets paraten These von den "allgemeinen Gesetzmäßigkeiten", die Abneigung gegen die "politisch-

bürokratische Orthodoxie Moskaus" gelegentlich auch die Kritik an der von der Sowjetunion betriebenen "Machtpolitik ohne Rücksicht auf die internationale Arbeiterbewegung oder die sogenannten Bruderländer". Allerdings bedeutet die Kritik an diesem Manifest nicht, daß es in der DDR nicht bis in die oberen Schichten des Parteiapparates hinein Personen, vielleicht auch Gruppen gibt, die sich an den Ideen des Eurokommunismus orientieren. Aber auch realistische Einzelaspekte dieses Manifestes können es nicht als vorläufiges Programm eines "Bundes Demokratische Kommunisten" (BDKD) ausweisen. Falls es sich aber um eine Manipulation handeln sollte, die eine Entwicklung zum Eurokommunismus fördern soll, kann man es nur als ein Danaer-Geschenk an die als Verfasser genannten "demokratischen Kommunisten" bezeichnen. Die Aktivität des Staatssicherheitsdienstes der DDR dürfte damit zweifellos angeheizt werden.

Daß der "Spiegel" schließlich in seinem einleitenden Kommentar behauptet, "viele von dem, was nun in den Thesen der SED-Abweichler wiederkehrt, war schon immer sein Programm" – nämlich das Herbert Wehners –, gibt der Sache oben drein noch einen Touch, der auf die Diskreditierung dieses um die innerdeutsche Entspannung verdienten Mannes hinausläuft, und zwar sowohl hier als auch "drüben".

(aus "Zeitdienst", Nr. 2, Jänner 1978)



Solidarität mit der sozialistischen Opposition in Osteuropa



Wolf Biermann kommt am 13. April 1978

IN DIE WIENER STADTHALLE

Veranstalter:

Gewerkschaftliche Einheit

FÖJ-Bewegung für Sozialismus

Wiener Tagebuch

Wird Russell-Tribunal verboten?



Bundesinnenminister Maihofer: Aus seinem Ministerium stammt das Geheimpapier über das Russell-Tribunal, das der KONKRET-Redaktion zugespielt wurde.

Im April will die Russell-Peace-Foundation ihr drittes Tribunal abhalten, daß sich mit möglichen Menschenrechtsverletzungen in der BRD beschäftigen soll. Im Jänner wurde nun der Zeitschrift "Konkret" ein Akt des Innenministeriums der BRD mit der Kennzahl ÖS 2-614300-R/21 VS-NfD zugespielt, daß sich mit dem geplanten Tribunal befaßt:

Nach einer kurzen Einschätzung des politischen Stellenwertes des Russell-Tribunals ("An die innenpolitischen Auswirkungen des ersten Russell-Tribunals wird erinnert" - gemeint ist damit das Tribunal über den Vietnam-Krieg - "darüber hinaus besteht Gefahr, daß eine solche Versammlung neues Protestpotential hat...") wird ein generalstabsmäßiger Plan entwickelt, wie das Tribunal mit genau den gesetzlichen Bestimmungen, die selbst Gegenstand der Untersuchung sein sollen, verboten werden kann. Anders ausgedrückt: Die Frage nach Zensur wird selbst zensuriert.

Zu diesem Zweck wird vom Innenministerium erwogen, gegen aus-

ländische Mitglieder des Tribunals Einreiseverbot zu verhängen.

In der Bundesrepublik lebenden Ausländern könnte die Beteiligung am Russell-Tribunal durch ein Verbot politischer Betätigung gem. § 6 AusIG untersagt werden. Zum Tribunal oder zu seiner Vorbereitung einreisenden Ausländern könnte die Einreise verwehrt werden, da angenommen werden muß, daß ihre Anwesenheit erhebliche Belange der Bundesrepublik aus anderen als in § 10 Abs. 1 Ziffern 1 - 10 genannten Gründen beeinträchtigen würde.

Davon betroffen waren nicht nur prominente Mitglieder, beispielweise der KPI (Lucio Lombardo-Radice), sondern auch Robert Jungk, der seinen Rücktritt nach dem abenteuerlichen Auftreten einer selbsternannten österreichischen "Russell-Initiative" wieder zurückgenommen hat und in der Jury bleibt.

Es wird weiter erwogen, die Veranstaltung nach dem Versammlungsgesetz zu verbieten und das Sekretariat in Berlin nach dem Vereinsgesetz aufzulösen, wobei jedoch eingeräumt wird, daß ein solches Verbot schwer zu erwirken sei, da die "Staatsfeindlichkeit" des Tribunals vor Gericht schwer zu beweisen sei.

Das bundesdeutsche Innenministerium unter Maihofer plante daher die Infiltration des Tribunals mit regierungstreuen Personen.

3.1. Steuerung durch Beitritt und Mitwirkung demokratischer Kräfte mit dem Ziel, einen der politischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland gerecht werdenden »Freispruch« zu erzielen.

Der Plan wurde aus technischen Gründen verworfen.

Sollte das alles nicht funktionieren, wird als Maßnahme 3.5. empfohlen, den Betreibern des Tribunals, die die Grundrechte in der BRD erhalten wollen, genau diese zu entziehen:

Falls festgestellt werden könnte, daß Personen mit Vorbereitung oder Durchführung des Tribunals die in Art. 18 genannten Grundrechte z. B. der Freiheit zur Meinungsäußerung (Art. 5), der Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1), der Versammlungsfreiheit (Art. 8) oder der Vereinigungsfreiheit (Art. 9) zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbrauchen, könnte der Bundestag, die Bundesregierung oder eine Landesregierung beim Bundesverfassungsgericht Antrag auf Entscheidung über eine Verwirkung dieser Grundrechte stellen.

Nichts konnte die Notwendigkeit des Tribunals eindrucksvoller unter Beweis stellen, wie diese (noch) geplanten Aktionen der deutschen "Staatsschützer".

Auch in Österreich wurde das Auftreten einer kleinen Gruppe, die sich des Namens der Russell-Foundation bediente, zum Anlaß genommen jenes zu diffamieren. Dennoch hat der Zentralkomitee der Österreichischen Hochschülerschaft mit den Stimmen des VSSTÖ und etwa der Hälfte der ÖSU (bei Stimmenthaltung des KSV!) beschlossen "die Intentionen des von der Bertrand Russell Peace Foundation einberufenen Russell-Tribunals, das zu Ostern 1978 die Frage von Menschenrechtsverletzungen und politische Repression in der BRD untersuchen will, (zu unterstützen)".

Zu diesem Zweck sollen von der ÖH in allen österreichischen Hochschulstädten Veranstaltungen organisiert werden, auf denen Vertreter des Russell-Tribunals, der Berufsverbotekomitees und der Regierung diskutieren werden.

K.L. ★

Portugal:

Wo blieb die radikale Linke?

Ist es wirklich erst zwei Jahre her, die Revolution der roten Nelken, der Sturz des Faschismus in Portugal, der ungeheure Aufschwung der Demokratie und der revolutionäre Elan, der uns alle so begeisterte? Am 7. Dezember 1977 hat Soares im Parlament die Vertrauensfrage gestellt. Mit diesem Manöver suchte er dem Druck zu begegnen, dem seine sozialdemokratische Minderheitsregierung ausgesetzt war: Ende November waren die Versuche von Soares gescheitert, die bürgerlichen Parteien PSD (Ex-PPD) und CDS für die Unterstützung seines Krisenprogramms zu gewinnen, ohne sie an der Regierung zu beteiligen. Der Weltwährungsfonds hat einen Kredit von 750 Millionen Dollar an die Durchsetzung der Austerity-(Spar)-Politik geknüpft. Soares versuchte seinen Sturz im letzten Moment durch eine antifaschistische Koketterie gegenüber der KPP zu verhindern, die ihm aber seine Versuche, die Intersindical (portugiesische Einheitsgewerkschaft) aufzuspalten und das reaktionäre Agrar-Gesetz (Barreto-Gesetz) doch nicht verziehen hat und mit der Rechten gegen ihn stimmte. Nun gibt es möglicherweise Neuwahlen. Wie sieht es dabei mit jener buntscheckigen, aber doch immer wieder zu einer machtvollen Bewegung angeschwollenen "Neuen Linken" aus, was ist aus ihr geworden? Dazu ein kurzer Überblick, den wir auszugsweise der bundesdeutschen trotzkistischen Wochenzeitung "was tun" (10. Jg., Nr. 187) entnahmen.

Die Redaktion

Die UDP ist die nicht-trotzkistische Strömung, die sich am besten gehalten hat, allerdings um den Preis eines immer engeren Rückzugs auf "die Partei", die PCP(R).

Trotz zahlreicher Austritte zählt diese Strömung allerdings noch rund 2000 Organisierte.

Als nächste kommt der MES, der eine ziemlich traurige Figur abgibt. Seine Mitglieder behaupten, daß er insgesamt noch mehrere hundert Genossen umfaßt, allerdings in einem Zustand fast vollständiger Handlungsunfähigkeit. Während UDP und PCP (R) jeweils eine regelmäßige Zeitung herausgeben, erscheint die Zeitung der MES, "Poder Popular", bereits seit Juli nicht mehr. Und bereits damals handelte es sich um ein vierseitiges, abgezogenes Blättchen! Und dies angesichts der Anwendung des reaktionären Agrargesetzes (Barreto-Gesetz), der Rückgabe der selbstverwalteten Betriebe an die alten Unternehmer und zu einem Zeitpunkt, wo die "sozialistische Minderheitsregierung" in ihre Endkrise übergeht.

Die Liga Comunista Internacionalista schließlich, die sympathisierende Organisation der Vierten Internationale, hat 300 Mitglieder und einige hundert organisierte Sympathisanten. Ihre Wochenzeitung "Luta Proletaria" (Arbeiterkampf) ist seit Juli zu einem

größeren Format mit 8 Seiten übergegangen. Über 6000 Genossinnen und Genossen nahmen an den Pressefesten teil, die Mitte Oktober in Lissabon, Porto und Coimbra zur Unterstützung der Zeitung veranstaltet wurden.

Die LCI ist heute, gemessen an ihrer politischen Handlungsfähigkeit und ihren Initiativen nach der UDP die stärkste Kraft der radikalen Linken in Portugal. Und damit hat es sich auch schon. Die PRP macht kaum noch etwas, außer der Unterstützung der linken Wochenzeitung "Pagina Um", nachdem der Versuch gescheitert ist, während der Otelo-Kampagne eine Tageszeitung mit gleichem Namen herauszubringen.

Organisationen wie LUAR, FSP und MSU sind aufgelöst, verschwunden oder haben ihre Büros geschlossen.

Ohne politische Perspektiven

Eine weitere Schwäche der radikalen Linken besteht darin, daß sie keine konkreten politischen Perspektiven hinsichtlich der Probleme hat, mit denen sich die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit nach diesen Wahlen konfrontiert sah: wie soll man den gewerkschaftlichen Widerstand angesichts der kapitalistischen Wiederbelebungsoffensive organisieren? Welche

Haltung, welcher Kampf gegen einen möglichen Sozialpakt? Welche politische Antwort angesichts der Existenz einer Mehrheit aus sozialistischen und kommunistischen Abgeordneten im Parlament, angesichts einer sozialistischen Alleinregierung? Welche Haltung bezüglich der Parole der KP nach einer "Regierung der Linken"? Auf diese entscheidenden Fragen haben UDP/PCP (R) und MES keine Antwort gegeben.

Eine gebrochene Generation?

Das Schlimmste ist allerdings, daß eine ganze Generation revolutionärer Kader in diesem Spiel verheizt worden sind: bei den Wahlen zum Komitee für die Arbeiterkontrolle im Dezember 1975 erhielt die Liste der KP 850 Stimmen, die Liste der radikalen Linken (UDP, PRP, LCI) 410 und die Sozialistische Partei 250. Von den damals etwa 100 Genossen der PRP im Betrieb sind alles in allem drei oder vier lose Kontakte übriggeblieben, die vollständig ihrem Schicksal überlassen sind. Die UDP ist dort auf etwa 20 Genossen der PCP (R) zusammengeschmolzen; allein die LCI ist etwas gewachsen.

Man kann eine derartige Situation nicht auf taktische Fehler zurückführen, auf die sektiererischen Exzesse dieser oder jener Gruppe, auf individuelle oder kollektive Verantwortung dieser oder jener Leitung.

In diesem Stadium, will man materialistisch bleiben, muß man erkennen, daß hier eine ganze politische Linie, sogar eine historische Sichtweise, wie sie von diesen Gruppen ins Werk gesetzt und vertreten worden ist, versagt hat. Und wenn man ihre Ursprünge versteht, so wird man sehen, daß die sich daraus ergebenden Lehren über die portugiesischen Grenzen hinausreichen.

Eine „neue Arbeiterbewegung aufbauen?“

Diese Vorstellungen, wie sie – bei taktischen Differenzen und mit anderen Vokabeln – dem MES und der UDP/PCP (R) gemeinsam sind, fassen die Möglichkeit ins Auge, neben der reformistischen Arbeiterbewegung in



gerader Linie eine "Zweite", revolutionäre Arbeiterbewegung aufzubauen, die von allen Erbstünden des "Revisio-nismus" und des "bürgerlichen Sozialdemokratismus" frei ist. Eine "Zweite Arbeiterbewegung", die von oben nach unten aufgebaut wird, und die den Bewußtseinstufen nach dem Modell der russischen Puppe folgt: die "Partei", die "Front der Klassen" und die sogenannten Organe der "Volks-einheit".

In einem derartigen Schema stellt die von diesen Gruppierungen hochstilisierte "Parteilosigkeit" nichts anderes dar, als ein Stadium im Massenbewußtsein, das sich im Übergang von der "bürgerlichen" zur "zweiten Arbeiterbewegung" befindet; etwa nach dem physikalischen Modell der kommunizierenden Röhren.

Diese Theorie der "zweiten Arbeiterbewegung" ist keineswegs nur eine Spezialität von MES und UDP in Portugal.

Die „historische Unterbrechung“

Man muß die eigentliche Grundlage dieser Vorstellungen in den politischen Entstehungsbedingungen der radikalen Linken, dieser "neuen Avantgarde" in Europa suchen. Zwei Faktoren haben auf ihrem Entstehungsprozeß gelastet und lasten weiterhin auf ihr: die "historische Unterbrechung" und das "Modell" der Kolonialrevolutionen. Man kann dies an der Haltung der Organisationen der "neuen Avantgarde" zu so elementaren und bedeutenden Fragen sehen, wie dem demokratischen Zentralismus, der Anerkennung der Tatsache, daß es eine Vielzahl von Strömungen in der Arbeiterklasse gibt und schließlich zum Problem der Arbeitereinheitsfront.

In der Frage des demokratischen Zentralismus und der Anerkennung, daß es eine Vielfalt von Strömungen in der Arbeiterklasse gibt, haben diese Organisationen der neuen Linken häufig die Entstellungen und Verfälschungen des Stalinismus übernommen oder die irrümliche Theoretisierung gewisser vorübergehender Maßnahmen aus der russischen Revolution zur Zeit von Lenin und Trotzki (das Verbot der oppositionellen Presse und der oppositionellen Parteien, die vorübergehende Abschaffung des Fraktionsrechts in

der russischen Kommunistischen Partei).

In der Frage der Arbeitereinheitsfront, des Kampfes um die Eroberung der Hegemonie in der Arbeiterklasse, hat die "historische Unterbrechung" diese Gruppen dazu geführt, sich die "Linkswendungen" des Stalinismus oder selbst gewisse Irrtümer der Führung unter Lenin und Trotzki als Alternativmodelle gegenüber der offenen Klassenzusammenarbeit der Kommunistischen Parteien herauszusuchen. Im ersten Fall etwa die Charakterisierung der Sozialdemokratie als sozialfaschistisch, Anfang der dreißiger Jahre; im letzteren die Linie des Aufbaus "roter Gewerkschaften" und die Charakterisierung der Sozialdemokratie als Partei der Kleinbourgeoisie und der Arbeiteraristokratie.

Das Modell der chinesischen und der vietnamesischen Revolutionen erschwert ebenfalls die politische Klärung; es handelt sich um Revolutionen, die von Einheitsparteien geführt wurden, wo sich das Problem der Koexistenz verschiedener reformistischer Strömungen in der Arbeiterklasse nicht stellte. Und selbst in Kuba haben die Bildung einer Einheitspartei die Probleme, die aus der politischen Konfrontation zwischen der "Bewegung des 26. Juli" und der kubanischen KP entstanden, zusätzlich verschleiert.

Lassen wir nach allem noch die schädlichen Auswirkungen beiseite, die das Fehlen des demokratisch-zentralistischen Organisationsprinzips in diesen Parteien mit sich gebracht hat. Dennoch, es gibt eine kurze Verbindungslinie zu diesen drei Problemen, dem demokratischen Zentralismus, der Anerkennung des Mehrparteienprinzips in der Arbeiterklasse und der Taktik der Arbeitereinheitsfront.

Wenn man, wie im MES oder in der UDP/PCP (R), die geringste politische Opposition gegenüber der Leitung als Ausdruck eines "antagonistischen Klassenstandpunkts" betrachtet, dann ist es nur logisch, die Arbeitermassen zu ignorieren, die der als "bürgerlich" qualifizierten Sozialistischen oder Kommunistischen Partei vertrauen.

Und so ist es gleichermaßen logisch, sich lediglich den "antikapitalistischen", "revolutionären" und den allen Beschränkungen der "Parteilosigkeit" unterworfenen Arbeitermassen zuzu-

wenden, um eine neue Arbeiterbewegung aufzubauen. In der Hoffnung, daß andere dem "Beispiel" der ersten folgen.

Anmerkungen:

MES: Movimento da Esquerda Socialista (Bewegung der sozialistischen Linken), Gegründet 1974. Unterhielt internationale Beziehungen mit der französischen Gruppe OCT, der PSU und dem KB in der BRD.

FSP: Sozialistische Volksfront. Eine Linksabspaltung der Sozialistischen Partei aus dem Jahre 1974, geführt von Manuel Serra.

UDP: Demokratische Volksunion. Frontorganisation der Kommunistischen Partei Portugals (wiederaufgebaut) - PCP(R). Geht im Ursprung auf eine 1963 erfolgten Abspaltung von der KP zurück. Hat im chinesisches-albanischen Konflikt zugunsten Albanien Stellung genommen.

PRP-BR: Revolutionäre Partei des Proletariats - Revolutionäre Brigaden. Entsteht einer 1971 erfolgten Abspaltung von der 1961 gegründeten Patriotischen Befreiungsfront. Die Revolutionären Brigaden führten unter der alten Diktatur eine Reihe von bewaffneten Aktionen gegen NATO-Stützpunkte und andere militärische Ziele durch.

LUAR: Bund der Revolutionären Einheit und Aktion. 1967 gegründet. Führte unter der alten Diktatur bewaffnete Aktionen und Enteisungen durch.

MSU: Vereinigte Sozialistische Bewegung. 1976 von ausgeschlossenen Gruppen des MES und der LUAR gegründet.

Geschäftsziel 4 1-4/77		Dringlichkeitsvermerke	
In Sachen		Skartierungsvermerk	
staberl			
Eine Dokumentation			
Reng.	abgezeichnet von		
Vergl.			
Begl.			
Abgef.	Bearbeiter		
Bezugszahlen	Frist	zu betreiben am	
		neue Frist	

Diese Dokumentation ist zum Preise von S 40,- im "Gemeinschaftsvertrieb" erhältlich.
1020 Wien, Franz-Hochedlinger-G. 6
Tel.: 33 83 374

Naher Osten:

Probleme und Perspektiven

Die Reise Sadats nach Jerusalem liegt nun schon zwei Monate zurück. Ist diese Zeitspanne ausreichend, um die Folgen abschätzen zu können? Versuchen wir, einige Ergebnisse und Perspektiven festzuhalten.

Einerseits ist die Initiative Sadats als "Spaltung der arabischen Welt", "Verrat" und "Kapitulation" gebrandmarkt worden; die andere Seite glaubte (und glaubt) das Geschäft ohne den Wirt: das palästinensische Volk und die PLO abschließen zu können. Beide Standpunkte halten keiner ernsthaften Prüfung stand.

Die arabischen Reaktionen auf die Initiative Sadats

Das Unglaubliche an vielen arabischen Reaktionen, allen voran Syriens, besteht darin, daß Sadat bis jetzt inhaltlich kaum von den traditionellen Forderungen der Konfrontationsstaaten mit Israel abgewichen ist, und daß er nur eine andere Form der Durchsetzung dieser Politik versucht. Diese "Orthodoxie" der Ziele Sadats erschwert es seinen Gegnern, ihn inhaltlich anzugreifen und zwingt sie dazu, ihre Kritik auf die Verletzung bestimmter arabisch-nationalistischer Dogmen zu konzentrieren. Diese Dogmen hat Sadat zu recht als ein wesentliches psychologisches Hindernis auf dem Weg zu einer gerechten Lösung des israelisch-arabischen Konfliktes bezeichnet. Außer bestimmte Tabus arabischer Politik zu verletzen, ist es Sadat im Gegenteil gelungen, die arabischen Anliegen der westlichen und auch

israelischen öffentlichen Meinung näherzubringen. Die ganze Mythologie der Nicht-Anerkennung von Fakten ist zurecht angekratzt worden. Kann man ernsthaft behaupten, daß der Status von Jerusalem, die Rechte der Palästinenser, die Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts und der Ablehnung von Annexionen durch die Tatsache in Frage gestellt wurden, daß Sadat in der Al Aqsa-Moschee gebetet und Begin die Hand geschüttelt hat?

Funktion von Anerkennung und Nicht-Anerkennung Israels

Die folgenden Überlegungen stützen sich z. T. auf eine Analyse, die eine in Paris erscheinende fortschrittliche Zeitschrift (1) geliefert hat.

1) Israel & Palestine, Boîte Postale 130-10, Paris 10, France.

Bisher war eines der wesentlichsten Hindernisse für eine Kooperation der fortschrittlichen Kräfte beider Lager ihre gegenseitige Nicht-Anerkennung. Durch die Leugnung der Realität innerhalb des israelischen Staates trugen die arabischen Führungen dazu bei, die israelischen Massen in einen gesteigerten klastrophoben (+) Chauvinismus zu drängen, so daß es in letzter Zeit fast nur Massenbewegungen ultra-reaktionären Typs gab. Die Nicht-Anerkennung Israels war einsichtig, solange für die Araber eine Chance bestand, den hebräischen Staat physisch zu vernichten. Seit einigen Jahren versichern die konservativen und radikalen arabischen Staaten, daß das nicht mehr ihr Ziel sei. Wenn Assad gegen die Rückgabe der Gebiete zum Frieden bereit ist, warum lehnt er dann gleichzeitig Gespräche mit dem Feind ab? Wenn die PLO für die Errichtung eines eigenen Staates neben Israel eintritt, wie kann sie dann Gespräche mit Israel ablehnen?

Der Kampf geht weiter

Israel anzuerkennen bedeutet keine Rechtfertigung seiner zionistischen Strukturen. Sowie man den Palästinensern nicht vorschreiben kann, welche Politik und welche Führung sie sich geben, so muß man sich vorläufig damit abfinden, daß Israel eine zionistische Regierung hat. Der Friede wird zwischen Feinden geschlossen.

Aber für die linken Kräfte in Israel bedeutet das erst den Anfang ihres Kampfes für die völlige individuelle und nationale Gleichberechtigung der Araber in Israel und für egalitäre Beziehungen zu dem palästinensischen Nachbarstaat.

Was nun?

Aber so weit sind wir noch lange nicht. Jetzt geht es in erster Linie darum, die Palästina-Frage und die PLO ins Zentrum des neuen israelisch-arabischen Dialogs zu stellen: Die PLO hat sich als die anerkannte

+) Klastrophobie = Platzangst



Vertretung der übergroßen Mehrheit des palästinensischen Volkes innerhalb und außerhalb der historischen Grenzen Palästinas erwiesen. Durch ihren Kampf, die Schaffung einer quasi-staatlichen Infrastruktur (ähnlich der zionistischen Bewegung in den vierziger Jahren) und die Anerkennung durch mehr als 120 Staaten hat sie sich diesen Status erworben. Zudem wurden pro-PLO-Kandidaten bei den Gemeinderatswahlen (1976) in den besetzten Gebieten (trotz behördlicher Schikanen) mit großer Mehrheit gewählt.

Nur die PLO kann die Palästinenser vertreten

Wenn irgend jemand (inklusive Sadat) von einer alternativen "gemäßigten palästinensischen Vertretung" spricht, dann meint er die Umgehung des demokratischen Willens des palästinensischen Volkes. Nach jahrelangem Kampf gegen fremde Okkupation werden sich die Palästinenser weder mit zionistischer noch mit jordanisch-haschemistischer Herrschaft abfinden. Nur die eigene, selbst gewählte, demokratisch legitimierte Führung des palästinensischen Volkes ist befugt, einen Staat am Westufer und im Gaza-Streifen zu regieren!

Ein schlechter Friede – besser als keiner

Friedliche Verhältnisse sind zwar keine Garantie für Fortschritte im demokratischen und sozialistischen Kampf, Kriege erschweren ihn aber offensichtlich. Ohne ein Ende des jüdisch-arabischen Gegensatzes wird niemals eine gemeinsame regionale fortschrittliche Bewegung entstehen. Sicher, zur Zeit sieht es so aus, daß die Kapitalisierung des Nahen Osten und seine Integration in den Weltmarkt politisch über die Achse Teheran-Riad-Tel Aviv-Kairo erfolgt. Die kombinierte Dynamik israelischer Technologie und arabischer Massenbewegungen wird die autoritären Regime aber untergraben und sie auf die eine oder andere Weise beseitigen. Unter diesen Voraussetzungen werden demokratische

und sozialistische Alternativen zu realen Möglichkeiten, was sie, solange der israelisch-arabische Konflikt andauert, nicht sind.

Schlußfolgerungen

- + Die Sadat-Initiative hat die Friedensaussichten im Nahen Osten verbessert.
- + Die Initiative ist aber keineswegs ausreichend, sie muß ausgeweitet werden, um u. a. die PLO in alle israelisch-arabische Verhandlungen einzubeziehen.

+ Die resultierende Mobilität von Arbeitskräften, Ideen, Technologien und Kapitalien wird zu einer demokratischeren und weniger chauvinistischen Realität in Israel und der arabischen Welt führen.

+ Sollte das nicht eintreten, so wird eine bereite Massenbewegung entstehen, die gemeinsam die alten politischen (und ökonomischen) Strukturen beseitigen kann.

+ Das alles kann nicht geschehen ohne die Teilnahme der Palästinenser, ohne ihre Integration – als gleichberechtigter Partner – in den sozialrevolutionären Prozeß der Region.

J. B.

Zum Tod von Said Hammami

Am 4. Jänner 1978 wurde Said Hammami, der Vertreter der PLO für Westeuropa, in seinem Büro in London erschossen. Die Hintergründe des Anschlages sind noch nicht klar, sie werden wahrscheinlich niemals restlos aufgeklärt werden. Klar ist jedoch die Bedeutung des Mannes, der durch die Kugeln eines jungen Arabers durchsiebt wurde. Obwohl sich eine unbekannt Organisation mit dem Namen "Stimme der palästinensischen Revolution" für den Anschlag als verantwortlich erklärt hat, und obwohl Hammami angeblich wenige Stunden vor seinem Tod dem syrischen Botschafter in London gemeldet hatte, ein irakisches Mörder-Kommando sei unterwegs, um "gemäßigte" Palästinenser und Araber umzubringen, und obwohl George Habash weitere "Todesurteile" und die Fortsetzung der Mordkampagne angekündigt hat, kann man nicht mit Bestimmtheit annehmen, daß es sich um eine Aktion des arabischen "Verweigerungs"-Lagers handelt. Viele Gründe sprechen jedoch dafür.

Zwischen dem 29. September und dem 1. Oktober 1977 fand in London ein internationales Seminar "Peace and the Palestinians" (Der Frieden und die Palästinenser) statt. Daran waren neben Hammami auf palästinensischer Seite auch Isam Sartawi (der am 12.12.77 auf Einladung des Renner-Instituts in Wien einen Vortrag gehalten hatte) der kommunistische Bürgermeister von Nazareth, Tufiq Saijad, und Karim Chalaf, der Bürgermeister des besetzten Ramallah beteiligt. An der Konferenz nahmen auch Vertreter des israelischen "Peace Camp" (Friedenslager) wie Dr. Mattitiah Peled und Uri Avneri (der ebenfalls auf Einladung Kreiskys am 20.6.77 in Wien gesprochen hatte) teil. Diese Veranstaltung fiel also in die Periode vor der Reise Sadats nach Jerusalem, eine Periode, die gekennzeichnet

war von der starren Haltung der Regierung Begin und der Blockade effektiver diplomatischer Friedensbemühungen. Dennoch präsentierte Hammami dieser Konferenz – es war sein letztes öffentliches Auftreten – eine Vision der Koexistenz der beiden Völker Palästinas; er sprach von einem zukünftigen Gemeinwesen, dem beide Völker angehören und dessen Regierung sie gemeinsam bestimmen werden.

Vor dem Konferenzsaal fand eine Demonstration von Leuten der "Verweigerungsfront" statt, denen eine solche Perspektive als "Verrat" erschien – aus ihren Reihen könnten sich die Mörder rekrutiert haben.

Hammami war einer der Pioniere einer fortschrittlichen Lösung des israelisch-arabischen Konflikts. Er war einer der ersten die einen Dia-

log mit linken und progressiven Israelis begannen. Dieser Schritt erfolgte in weitsichtiger Wahrung der Interessen des palästinensischen Volkes und seiner Zukunft. Hammami wußte, daß der militärische Kampf zwar eine notwendige Stufe in der Emanzipation seines Volkes bedeutete, daß es aber andererseits keine militärische Lösung des Konflikts geben könne. Er erkannte, daß das Problem der gleichberechtigten Koexistenz zweier Völker in einem Land ein eminent politisches Problem ist, das von den besten Kräften beider Seiten angegangen werden muß. Diese Dinge waren und bleiben richtig, unabhängig von der neuen Politik Sadats. Diese Dinge waren und bleiben aber auch für viele, die durch die Schule des arabischen und islamischen Nationalismus gegangen sind, zu "kompliziert" und "neu", sie widersprechen den liebgekommenen Klischees, die ihrerseits der Wirklichkeit widersprechen. Die Frustration mit dem langen, schwierigen aber notwendigen Weg zur Koexistenz paart sich mit dem politischen Kalkül einiger Machthaber in der arabischen Welt. Dieser "Paarung" ist Said Hammami wahrscheinlich zum Opfer gefallen.

Wie weit Hammami geistig über seinen Mördern steht, mögen folgende Zitate veranschaulichen, die wir einem Gespräch entnehmen, das er 1975 mit einem Vertreter der Israelischen Sozialistischen Organisation Matzpen geführt hat(1).

"Ich glaube, daß die israelischen Juden, die heute in Palästina leben, ein Volk darstellen, ein neues Volk, das sich im Laufe eines fünfzigjährigen Konflikts herausgebildet hat... Es gibt eine israelische Arbeiterklasse, es gibt fortschrittliche israelische Organisationen. Tatsache ist, daß es zwei Völker gibt: das palästinensisch-arabische und das israelisch-jüdische Volk. Und diese beiden Völker erheben Anspruch auf Palästina... Wie können zwei Völker mit verschiedener Sprache und Kultur zusammenleben?... In einer ersten Periode muß wahrscheinlich — und ich glaube diese erste Zeit ist notwendig und unvermeidlich, ob uns



Hammami

das gefällt oder nicht — muß Palästina zwischen beiden Völkern geteilt werden... Diese beiden Staaten sind in einer ersten Etappe notwendig, um den Frieden zwischen den beiden Völkern zu garantieren; danach glaube ich, daß die Lösung in den Händen der progressiven Kräfte liegen wird, die auf beiden Seiten existieren... Am wichtigsten ist, daß die fortschrittlichen Organisationen unter den Palästinensern und Israelis die Möglichkeit haben werden, in einer besseren Atmosphäre zu kämpfen und einen Dialog zu führen. Jetzt kann man mit der Parole "Der Feind steht vor den Toren"

die fortschrittlichen Israelis daran hindern, frei mit fortschrittlichen Palästinensern zu sprechen, und vice versa. Nicht weil wir von der PLO nicht mit fortschrittlichen Israelis zusammentreffen wollen, aber wenn wir das wollen, müssen wir nach Europa kommen, wir können nicht nach Israel gehen, und wir können Euch nicht einladen. Wenn wir unseren eigenen Staat haben, können wir sie in unsere Hauptstadt einladen, sie könnten kommen und mit uns sprechen. Das würde alle chauvinistischen und rechten Kräfte innerhalb der zionistischen Bewegung in Israel und auch alle chauvinistischen und rechten Kräfte bei uns schwächen. Hier liegt ein weiterer Grund für mich zu glauben, daß ein palästinensischer Staat eine erste notwendige Etappe darstellt... Ich kann den Terrorismus nicht akzeptieren, nicht nur vom moralischen Gesichtspunkt, sondern auch aus politischen Gründen. Denn ich bin ein fortschrittlicher Palästinenser und ich glaube, wenn man blindwütig Israelis ermordet, spielt man das Spiel des zionistischen Establishments. Unser Gegner ist der Zionismus und nicht alle Israelis".

Wenn man blindwütig fortschrittliche und verständigungsbereite Palästinenser und Araber ermordet, spielt man das Spiel der israelischen, arabischen und internationalen Reaktion. Die Ideen Said Hammamis kann man nicht umbringen. Sie drücken eine historische Möglichkeit und eine politische Notwendigkeit aus. Im Interesse der Völker des Nahen Osten — und der Menschheit — muß alles getan werden, um ihnen zum Durchbruch zu verhelfen.

8.1.78

A. B. C.

die alternative

Monatsschrift der Gewerkschaftlichen Einheit

links und unabhängig

Probexemplare werden kostenlos zugesendet

Name : _____

Adresse: _____

Bitte schicken Sie diesen Abschnitt an GE, 1092 Wien, Postfach 3

1) Zitiert aus: KHAMSIN, revue des socialistes revolutionnaires du proche-orient, Nr. 3/1976, Paris.

Fußball und Folter

Zwischen 1. und 25. Juni werden in Argentinien die 11. Fußballweltmeisterschaften stattfinden. Millionen österreichischer Fußballfans werden die Berichterstattung in TV und Tageszeitungen gespannt verfolgen, ist es doch schon eine ganze Weile her, daß sich unsere Nationalmannschaft zum letzten Mal für diesen "Wettkampf der Nationen" qualifizieren konnte.

Mit Genugtuung wird der durchschnittliche Fußballkonsument den Aufwand zur Kenntnis nehmen, mit dem die argentinische Militärjunta die Weltmeisterschaft vorbereitet hat. Bei der Faszination, die das runde Leder auf Sportkommentatoren und andere Fußballenthusiasten ausübt, ist es allerdings fraglich, ob die Berichterstattung den Horizont der Stadien überschreiten wird, um auf die politische Realität einzugehen, in der diese Spiele ausgetragen werden: eine Realität, die es für die Militärs erforderlich macht, die Stadien durch tausende von Polizisten und Soldaten zu bewachen, Passanten zu kontrollieren, Straßenpatrouillen mit Schnellfeuerwaffe im Anschlag durchzuführen usw., um – wie sie erklären – die Sicherheit der Schlachtenbummler zu gewährleisten.

Schon gar nicht wird die Rede sein von den zehntausenden politischen Gefangenen, die in den Gefängnissen und Konzentrationslagern von Buenos Aires, Cordoba, Rosario und Mar del Plata der Aufsicht und den Folterungen eben jener "Ordnungskräfte" unterworfen sind, die die Durchführung der Spiele garantieren sollen.

Die politische Funktion der WM mit ihren 35.000 erwarteten Touristen und 1.500 Millionen TV-Zuschauern für die Junta, die sich davon eine Hebung ihres internationalen Ansehens und eine Ablenkung von den durch sie systematisch betriebenen Menschenrechtsverletzungen erwartet, ist für österreichische Sportjournalisten wohl kein Thema: Sport ist für sie apolitisch, eine Beziehung zwischen Fußball und Folter hat es daher nicht zu geben. Gerade diesen Schleier des Schweigens und der Desinformation gilt es jedoch zu zerreißen, um bloßzulegen, wem diese WM nützt, zur Stabilisierung welcher Verhältnisse sie beitragen soll.

Die WM-Vorbereitungen

Argentinien ist ein fußballbegeistertes Land. Allein in den Stadien der beiden rivalisierenden Klubs von Buenos Aires finden 150.000 Zuschauer Platz, die Sportteile der Tageszeitungen strotzen von Fotos und Berichten über Fußball. Vor diesem Hintergrund bewarb sich 1968 die Militärdiktatur Ongania um die Austragung der Spiele und erhielt 1970 den Zuschlag.

Die damals geschätzten Kosten von 3,22 Mrd. Schilling waren kein Pappenstiel für ein Land, das seit 25 Jahren eine schwere wirtschaftliche Krise durchmachte, in deren Folge es etwa 1969 in Cordoba und Rosario zu Volksaufständen gegen die miserablen Lebensbedingungen kam. Die dadurch erzwungene politische Liberalisierung, die 1973 die Rückkehr des früheren populistischen Führers Peron aus dem spanischen Exil ermöglichte, erwies sich jedoch als wenig dauerhaft: Seit März 1976 steht Argentinien wieder unter dem Stiefel einer Militärdiktatur, auf deren Konto bisher 30.000 Verhaftete und Verschwundene und mehr als 6.000 politische Morde (s. Le Monde, 28. Dez. 77) gehen.

Das Rezept der Militärs zur Lösung der Wirtschaftskrise besteht im Einfrieren der Löhne bei einer Inflationsrate, die 1977 120% überstieg. Seit dem Putsch wurde das Realeinkommen argentinischer Arbeitnehmer mehr als halbiert, im Juni 1977 etwa betrug der durchschnittliche Lohn eines argentinischen Arbeiters nur mehr 60 - 100 Dollar pro Monat. In dieser Situation greift die Krise auch auf den argentinischen Fußball über, dessen Massenanhängerschaft ihn bisher oft als Faktor für soziale Entspannung wirken ließ: Während die Stadien früher Sonntag für Sonntag von zehntausenden von Fußballfans besucht wurden, zählt man heutzutage kaum 7.000 Besucher pro Spiel, denn selbst dieses billige Vergnügen ist für einen Großteil der



argentinischen Bevölkerung nahezu unerschwinglich geworden.

Bei der Finanzierung und Vorbereitung der WM allerdings waren die Militärs weniger sparsam als bei den Löhnen der Arbeiter. Sie erklärten die WM zur Sache "Nationalen Interesses" und setzten an die Spitze des argentinischen Fußballbundes (AFA) drei Militärs (aus jeder Waffengattung einen, worauf der Witz zurückgeht, der Vertreter der Luftwaffe sei für Kopfbälle, der vom Heer für Bodenkämpfe und der Marineoffizier für Spiele im Regen zuständig).

Für die WM-Vorbereitung wurde eine spezielle schlagkräftige Organisationstruppe geschaffen, die direkt der Junta unterstellte "Ente Autarquico Mundial 78" (EAM 78). Sie wird von Brigadegeneral Antonio Luis Merlo geleitet und ist mit weitgehenden finanziellen und persönlichen Vollmachten ausgestattet.

Für Stadienbauten allein werden 1,6 Mrd. Schilling aufgewendet (Umbau des River Plate Stadions in Buenos Aires, Neubau von Stadien in Cordoba, Mar del Plata und Mendoza). In die fünf Stadien, in denen gespielt werden wird, passen insgesamt 372.000 Zuschauer; 2,1 Mill. Eintrittskarten sollen verkauft werden. Das billigste erhältliche Kartenkontingent (es wird in Blocks zu 6 Karten verkauft), wird den Argentinier 30 Dollar kosten; zum Trost der finanzschwachen argentinischen Arbeitnehmer haben die Banken spezielle Kreditmöglichkeiten entwickelt.

Weitere Kosten erwachsen Argentinien daraus, daß das Land nicht über die erforderliche technologische Kapazität verfügt, um die für die WM-Durchführung notwendigen Voraussetzungen auf dem Gebiet des Transport- und Kommunikationswesens sowie genügend Unterbringungsmöglichkeiten ohne Unterstützung durch ausländische Technologie bereitstellen zu können. Auf diese Weise leistet Argentinien der Industrie der Herkunftsländer dieser Technologie "Entwicklungshilfe" (BRD, Italien, Großbritannien, Frankreich, Japan). Argentinien selbst bleibt dabei auf der Strecke:

Das Defizit der WM wird mindestens 400 Mill. Dollar betragen. Mit dieser Summe könnte der argentinische Staat ein halbes Jahr lang alle seine Angestellten bezahlen (Süddeutsche Zeitung, 3.11.77), die zur Zeit monatelang auf ihre Gehälter warten müssen und zum Teil von Entlassungen aus Einsparungsgründen bedroht sind.

Während die Technik aus dem Ausland kommt, sorgen die Militärs selbst für die Ruhe im Land. Obwohl die Guerilla-Organisation der Montoneros erklärte, sie würde "Leben, Sicherheit und Ruhe" aller aktiven und passiven Teilnehmer der Fußball-WM garantieren und sich auf Aufklärungsaktionen beschränken, wird die WM von den Militärs zum Vorwand genommen, um ihren brutalen Vernichtungskrieg gegen alle oppositionellen und kritischen Kräfte im Land zu intensivieren.

Durch das massive Aufgebot von Soldaten, Polizisten und Geheimdienstlern in den Stadien sollen die sonst bei Fußballspielen seit März '76 häufig zu hörenden politischen Parolen gegen die Junta unterbunden werden. Dem Ausland soll das Bild eines ruhigen und friedlichen Argentinien vorgegaukelt werden. Mit Hilfe der WM will die Junta ihre Herrschaft und ihr politisches System durch die interna-



Argentina '78

tionale Öffentlichkeit als erfolgreich und legitim absegnen lassen.

Während ihnen Journalisten, wie sie in den österreichischen Massenmedien vorherrschen, die Verwirklichung dieses Vorhabens vermutlich nicht besonders erschweren werden, werden die Militärs ihre innenpolitische Absicht, die sie mit der Durchführung der WM verbinden, nämlich von der Unterdrückung im eigenen Land abzulenken und das Gefühl der Zusammengehörigkeit als Nation in den Vordergrund zu rücken, nicht so leicht erreichen: Die schönsten Spiele nützen nichts, wo das Brot fehlt.

H. K. /IGLA



LATEINAMERIKA ANDERS



IGLA
INFORMATIONEN
GRUPPE
LATEINAMERIKA
1050 Wien,
Schönbrunnerstraße
24/23,
Telefon 0222/57 38 293

Berichte, Analysen und aktuelle Informationen

BISHER ERSCIENEN:

Nr 1: Argentinien, Paraguay,
Guatemala, Mexiko

Nr 2: Belize, Kolumbien, Peru

Nr 3: Bolivien, El Salvador

ARGENTINIEN: Repression und Widerstand
MEXIKO: Das verschleierte Skelett

Nr 4: Ecuador

PARAGUAY: INFORMATIONSKAMPAGNE
KOLUMBIEN, PERU: GENERALSTREIK

Nr 5: Agrarreform

SP NIEN

Die Gewerkschaften nach der Diktatur

es spricht

Serafim Aliaga

Sekretär für internationale Fragen der COMISIONES OBRERAS
anschließend Diskussion.

Dienstag 14. Feb. 1978 um 18.30 Uhr
im „Haus der Begegnung“

1060 Wien, Königseggasse 10

veranstaltet von der



Gewerkschaftliche Einheit